

Sachsen-Zeitung

Nationales Tageblatt für Land-  wirtsch. Bürgertum und Beamte

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen 2,50 Mark im Monat, bei Lieferung durch die Post 2,75 Mark, bei Postbestellung 3,00 Mark. Einzelnummern 15 Pf. (für den Rücktritt des Senats) 29 586 Stimmen. Nach diesem Ergebnis wird der Senat die Bürgerchaft auflösen und Neuwahlen ausgeschrieben, die innerhalb von 45 Tagen stattfinden müssen.

Nr. 6 — 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Dienstag, 8. Januar 1924

Bersöhnliche, aber ablehnende französische Antwort.

Was der „Temps“ verrät...

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Paris, 6. Jan. Der französische „Temps“ ist in der Lage, den Inhalt der französischen Antwort an Deutschland auszuliefern. Auch der belgische Text ist ihm bekannt. Beide werden in versöhnlichem Tone und Geiste gehalten sein, aber in den bedeutungsvollen Fragen „sehr fest“ ausfallen.

Der Inhalt der französischen Antwort wird vom „Temps“ folgendermaßen skizziert: Die französische Antwort gebe Punkt für Punkt auf die deutsche Note ein. Unter den deutschen Forderungen, die alle darauf ausgehen, gewisse Rechte im besetzten Gebiet wieder zu erhalten, seien einige, die eine gewisse Genehmigung hervorgerufen, und alle werden weiterhin in Betracht gezogen werden müssen.

Eine andere Reihe deutscher Forderungen seien „im Augenblick nicht annehmbar“. Gewisse deutsche Forderungen erforderten hingegen direkte Unterhaltungen zwischen den Alliierten und den lokalen Behörden. All dies, so heißt es in dem „Temps“-Artikel, sei ein wenig spröde und es bestimme sich, was gleich vorherzusehen war: Die deutsch-französischen Verhandlungen können, auf administrative, finanzielle und Zollfragen beschränkt, kaum fortgehen. Frankreich habe den Eindruck, daß man ihm seine Pfänder wegnehmen wolle, ohne ihm irgendeine Gewissheit für Zahlungen zu geben. Deutschland habe dagegen den Eindruck, daß man es zwinge, die bestehenden Abmachungen anzuerkennen, ohne ihm irgendeine Aussicht auf Befreiung zu eröffnen.

Es wäre besser, wenn man die Debatte erweiterne oder sie an einem anderen Ende anfasse.

Nichts hindere Frankreich oder Belgien daran, mit Deutschland alles zu prüfen, was mit der Zahlung der Reparationen zusammenhängt. Deutschland habe hierüber ja auch schon des öfteren mit England gesprochen. Bei Behandlung dieser Frage mit der deutschen Regierung würde die französische Regierung darauf bedacht sein, daß die Rechte der anderen Gläubiger gewahrt würden. Entscheidungen könnten natürlich nur in den vom Friedensvertrag vorgeschriebenen Formen erfolgen. Deutschland könnte auch mit Frankreich gewisse Probleme besprechen, die nur die beiden Länder als solche interessieren. Es ist doch wohl nötig, meint der „Temps“, daß man dazu kommt, über einen deutsch-französischen Handelsvertrag in Verhandlungen zu treten.

Heute Reichs-Rabinettsitzung! Tagesordnung: „Thüringen“.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Berlin, 7. Januar. Im Laufe des heutigen Nachmittags findet eine Vollsitzung des Reichskabinetts statt. Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe laufender Angelegenheiten zur Beratung, die sich in der letzten Zeit angesammelt haben. Bezüglich Thüringens wird nach Abschluß der Besprechungen voraussichtlich im Zusammenhang über die Vorgänge, die zu den Verhandlungen in Weimar geführt haben, amtlich berichtet werden.

Kommunistische Abgeordnete als Zechpreller.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Berlin, 7. Jan. In der Nacht zum Sonntag wurden zwei Personen festgenommen, die in einem Kaffee ihre Zechen nicht bezahlt hatten. Sie leisteten heftigen Widerstand und beschimpften die Polizeibeamten. Sie wurden festgestellt als der kommunistische Landtagsabgeordnete Paul Neumann und der kommunistische Reichstagsabgeordnete Heinrich Maltzahn.

Volkssentscheid in Lübeck.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Lübeck, 6. Jan. Bei dem heutigen Volkssentscheid über die Frage, ob der Senat zurücktreten solle, wurden von 84 462

Wahlberechtigten 73 747 Stimmen abgegeben. Hierdenn entschieden auf Nein (für Verbleiben des Senats) 44 151, auf Ja (für den Rücktritt des Senats) 29 586 Stimmen. Nach diesem Ergebnis wird der Senat die Bürgerchaft auflösen und Neuwahlen ausgeschrieben, die innerhalb von 45 Tagen stattfinden müssen.

Waffenerlieferung Amerikas an die Mexikaner.

Newport, 7. Jan. Beauftragte des mexikanischen Rebellenführers dela Huertas sind in New Orleans eingetroffen, um ihrerseits, nachdem die amerikanische Regierung Waffenerlässe an den Präsidenten Obregon erlaubt hat, Munition und Kriegsmaterial für Rechnung der Aufständischen einzukaufen.

Venizelos erkrankt.

Athen, 7. Januar. Venizelos wurde gestern bei Ausgang der Kammer Sitzung von einem plötzlichen Unwohlsein befallen und konnte zu Hause keine Besuche empfangen.

Wegen Heze gegen die Reichswehr verurteilt.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Königsberg, 7. Jan. Vor der Königsberger Strafkammer kamen die bekannten blutigen Vorgänge in Königsberg vom 11. Juni 1922 anlässlich der Anwesenheit des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg zur Verhandlung. Angeklagt war der frühere Redakteur der „Noten Hahn“, Friedrich Hildebrandt, wegen Beleidigung der Reichswehr. Das Gericht erkannte den Angeklagten für schuldig und verurteilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis.

Berliner Vorbörse von heute.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Berlin, 7. Jan. (Telunion.) Die ruhige Haltung der Markt an den Auslandsbörsen übte auch bei Wochenbeginn einen beruhigenden Einfluß auf das inländische Börsengeschäft aus. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln hält sich in den durch den Einfuhrbedarf gegebenen Grenzen. Aus privaten Händen kommen noch immer ziemlich erhebliche Devisenbeträge zum Verkauf. Bei den Banken liegen immerhin beträchtliche Kaufordere für die „ige Effektenbörsen vor, so daß mit einer ziemlich leichten Tendenz zu rechnen ist. Weidmarthlage unverändert.

Sonder-Rindler als Dieb.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Wiesbaden, 7. Jan. In den „Sachsen-Zeitungen“ wurde der letzte, bei dem Geldreau „Panderemann“ Beteiligte festgenommen. Hinter Schloß „Litzel“ gebracht wurden noch 7 Separatisten, die im Regierungsgebäude große Mengen Briefpapier und Umschläge gestohlen hatten.

Herr v. Hoersch fährt nach Berlin.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Paris, 7. Jan. Chicago Tribune behauptet, daß Herr v. Hoersch Dienstag oder Mittwoch nach Berlin reisen wird, um mit Dr. Stresemann über politische Fragen zu verhandeln. (An Berliner zuständiger Stelle wird die Möglichkeit einer solchen Reise des Herrn v. Hoersch bestätigt. — SA-Redaktion.)

Vor Unterzeichnung eines französisch-jugoslavischen Bündnisses.

Aus Belgrad wird berichtet: In offiziellen Kreisen wird verlautet, daß ein franco-jugoslavischer Vertrag nach denselben Gesichtspunkten, wie der franco-italieno-slovakische Vertrag in unmittelbarer Zukunft zur Unterzeichnung gelangen wird.

Reichseinheit u. Staatenbund

„Der Väter Traum“ — das war 1848 die Reichseinheit des unter Napoleons Schlägen zertrümmerten Deutschland. 1848 wurde sie nicht erreicht, trotz idealistischer Opfer, weil man diese Ideen durchzuführen wollte über die wirklichen Mächte hinweg. Unwillkürlich hat Friedrich Wilhelm IV. das Richtige getroffen mit seinen Worten, die er zu der Frankfurter Kaiserdeputation sprach, als sie ihm die Krone eines neuen Deutschlands anbot: „Keine Herren, Sie verfluchen aber etwas, was Ihnen gar nicht gehört.“ Bis

den, Wadert usw. Wie er entstanden, ob er wirklich nur einen deutschen Stamm umschloß, war gleichgültig, weil der Herrscher in jedem Lande die stärkste Zusammenfassung des Einzelstaates bedeutete. Das hat Bismarck eben berücksichtigt, zumal bei der Stellung Preußens als Vormacht im Reich gewisse Gegensätze, die ja vier Jahre vorher noch blutig ausgetragen worden waren, geschont werden mußten. Und es ist eine der Großtaten Bismarcks, daß der in bezug auf sein Königtum empfindlichste bayerische Herrscher, Ludwig II., es war, der den berühmten Brief an König Wilhelm gerichtet hat mit der Aufforderung, der äußeren Einheit des Reiches die innere Einheit durch Übernahme der Kaiserwürde zu geben.

Die Ideen des November 1918 waren andere. Das Kaiserium war dahin, die Armee, ein der stärksten Bänder, die das Reich umschloß, war gleichfalls dahin und an beider Stelle trat der Gedanke des „Deutschen“ schlechthin. Das war aber ein theoretischer Gedanke, erinnernd an das Frankfurt von 1848, und charakteristisch ist es, daß ein Frankfurter Professor, Preuß, im Januar 1919 eine Verfassung für das neue Deutschland schuf, welche die Selbstständigkeit der Länder einschränkte und sie gleichsam zu Verwaltungsbezirken der Reichsregierung umformte. Es war eine atomistische Staatsauffassung, der Gedanke der Gleichheit aller ohne Rücksicht auf das historisch Gewordene, jene Staatsauffassung, die letzten Endes von Rousseau ausging. Sie trat in den Kampf mit der organischen Auffassung, die nur das historisch Gewordene als Wirklichkeit ansah. Und sie schien zu siegen. Aber nur für einen Augenblick, denn der stärkste Widerspruch erfolgte von Bayern, was zwar nicht merkwürdig gewesen wäre, es aber dadurch wird, daß der Träger eines geradezu ultimativen Widerstandes gegen die starke Betonung der Reichseinheit der Sozialdemokrat Eisner als Ministerpräsident war.

Die Weimarer Verfassung war nun ein Kompromiß: man ließ den Ländern eine gewisse Selbstständigkeit auf gewissen Gebieten, aber sie waren in der Hauptsache doch zu Ausführungsorganen der Reichsregierung geworden. Die Reichsregierung ihrerseits ist aber nun Beauftragte des Reichstages, so daß also der Reichstag, dessen Wahlrecht nun rein atomistisch ist, nicht nur zum stärksten Träger der Reichseinheit, sondern letzten Endes zum alles entscheidenden Faktor wurde. Von einer Finanzkraft der Länder, also von der Grundlage jeder Selbstständigkeit, war kaum noch die Rede, sie waren zu Kostenträgern des Reiches geworden.

Gegen diese Entwicklung richtete sich nun eine große Denkschrift der bayerischen Regierung, die man soeben der Reichsregierung überreicht hat, und der letzten Endes der Kampf zwischen jener organischen und dieser atomistischen Staatsauffassung zugrunde liegt. Bayern will zurück zum Föderalismus, will eine Neugrenzung der Zuständigkeit zwischen Reich und Einzelstaaten und will ein Recht der verstärkten Anteilnahme an der Willensbildung des Reiches den Einzelstaaten eingeräumt wissen. Dafür ist das Entscheidende die Forderung, den Reichsrat, also die Vertretung der Länder, als Gesetzgebungsfaktor dem Reichstag gleichzusetzen, ihm sogar darüber hinaus die verfassungsrechtliche Stellung des früheren Bundesrats zu geben. Dem Reich sollen nur jene Aufgaben vorbehalten bleiben, bei denen eine einheitliche Regelung eine Verbesserung bedeutet, und die Denkschrift macht eine Reihe von Vorschlägen hinsichtlich einer dementsprechenden Behandlung der verschiedenen Verwaltungsaufgaben. Aber diese Einzelheiten wird man diskutieren können, da sie ja als reine Zweckmäßigkeitsfragen aufgefaßt werden sollen. Das Entscheidende liegt eben im Schlußsatz der Denkschrift, daß den Ländern wieder jener Staatsbegriff zugesprochen werden muß, der ihnen durch die Bundesverträge von 1870 gewahrt geblieben war. Bayern steht auf dem Standpunkt, daß der Gedanke der nationalen Einheit, der im Reich seine staatliche Verkörperung erfahren hat, durch die Rückkehr zum Föderalismus Bismarcks seinen Abbruch erleide. Und mit dieser nationalen Einheit siehe es nicht im Widerspruch, wenn die staatsrechtlichen Daseinsformen erhalten bleiben, die sich im Laufe der Geschichte herausgebildet haben.

Theorien und Prinzipien sind nie das Letzte, haben uns vielmehr in unserer geschichtlichen Entwicklung, die nun einmal anders gewesen ist als in Frankreich und England, allzu oft und allzu viel geschadet. Der Gedanke der deutschen Einheit ist aber etwas Wirkliches diesseits und jenseits des Rheins; darum wird eine ruhige Diskussion darüber möglich sein, wie wir uns unter diesem gemeinsamen Dach einrichten wollen.

Dr. W.

Worte der Zeit!

„An acht Wochen — so schreibt Dr. A. in seiner „Eröffnungsbilanz“ (Wochenschau der „Leipziger Neuesten Nachrichten“) — ist die Leipziger Frühjahrsmesse. Bis dahin muß das Plus der deutschen Preise gegenüber dem Weltmarktniveau unbedingt getilgt sein, damit der Export wieder erwacht. Denn Export bedeutet Devisenzugang und dieser unmittelbare Stärkung der Währungsreform!“

Frankreichs Antwort fertiggestellt.

Paris, 6. Januar.
Poincaré hat den Entwurf für die Antwort auf das deutsche Memorandum endgültig genehmigt und ihn gestern in Brüssel dem belgischen Ministerpräsidenten überreicht. In unrichtigen Kreisen wird bemerkt, daß die Antwort Frankreichs in Deutschland wahrscheinlich „nicht befriedigend“ werde, obgleich die französische Regierung bemüht gewesen sei, sie in konziliantem Tone abzufassen.

Der „Temps“ macht über die französische Antwort folgende Mitteilungen: Unter den deutschen Forderungen, die alle auf die Wiedererlangung gewisser Machtbesitzungen im besetzten Gebiet abzielen, sind einige, die bereits teilweise erfüllt sind und in weiterem Umfang in Erwägung gezogen wurden. Andere erscheinen augenblicklich nicht erzielbar. Wieder andere machen dagegen direkte Unterhaltungen zwischen den verbündeten und den lokalen Behörden erforderlich. Eine deutsch-französische Verhandlung kann nicht in Frage kommen, wenn sie auf eine Diskussion über Verwaltungs-, Steuer- und Zollfragen beschränkt wird.

Das Blatt betont zum Schluß nachdrücklich den Wert, den die deutsch-französische Unterhaltung über einen „konstruktiven Plan“ für die Reparationsregelung nach seiner Überzeugung haben würden. Es nennt dabei als neue als Kernpunkt eines positiven französischen Planes die progressive Umformung der französischen Wiederaufbau-Schuld in eine deutsche Schuld, das heißt die allmähliche Übernahme des Zinsen- und Amortisationsdienstes der französischen Wiederaufbauanleihe durch Deutschland.

Einigung in der Metallindustrie.

Berlin, 6. Januar.

Gestern haben im Gebäude des Reichswirtschaftsrats Verhandlungen zwischen Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller und der Berliner Metallarbeiter stattgefunden, die nicht unter dem Vorsitz des Ministers Wiffel abgehalten wurden. Heute wird eine Funktionärversammlung der Arbeiter endgültig über den Frieden in der Metallindustrie beschließen.

Die Einigungsverhandlungen ergaben eine Verminderung der von den Industriellen beabsichtigten Lohnreduzierungen. Der Stundenlohn wird in der höchsten Lohnklasse von 51 Pfennig auf 48 Pfennig herabgesetzt werden, während die Industriellen ursprünglich nur 40 Pfennig bewilligen wollten. In der untersten Klasse wird der Stundenlohn von 43 auf 38 Pfennig reduziert, statt auf 30 Pfennig.

Die 48stündige Arbeitswoche bleibt bestehen, und zwar auch über den laufenden Vertrag hinaus, nur im Falle bringender Notwendigkeit werden unter genau festgelegten Bedingungen Abweichungen gemacht werden. Die Wiedereinstellung der Arbeiter findet in den Grenzen der technischen Möglichkeit statt. Bis zum 15. Februar dürfen Neueinstellungen nicht erfolgen.

Besserer Stand der Reichseinnahmen.

Keine Inflation mehr.

Zu den in letzter Zeit wieder umlaufenden Gerüchten von der Möglichkeit neuer Inflationsgefahr wird in Berlin von zuständiger Stelle mitgeteilt:

„Eine solche Inflation ist in Zukunft ausgeschlossen, und ein Versuch, diese Bahn zu wieder zu betreten, wäre nach den Erfahrungen der Vergangenheit zur Ausschließlichkeit verurteilt. Der Verkehr selbst würde sich demgegenüber zu schützen wissen. Wenn das Reich je wieder in eine Zwangslage kommen sollte, so wird es andere Wege beschreiten müssen, als die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft durch Geldschöpfung. Zurzeit liegen aber die Verhältnisse nicht ungünstig, da die Reichseinnahmen in befriedigender Weise fließen. Wenn hier und da die Ausgabe von Anleihen seitens der Länder die Öffentlichkeit beunruhigt hat, so liegt zu einer solchen Beunruhigung keine Veranlassung vor. Eine Kontrollmöglichkeit der Anleihenwirtschaft der Länder durch das Reich besteht im allgemeinen nicht. Das Reich kann aber eingreifen, wenn die Anleihebestände die Funktion eines Zahlungsmittels annehmen, da dann, wenn die Genehmigung des Reichsfinanzministeriums nicht eingeholt ist, ein Verbot gegen das Geseh über die Ausgabe und Einlösung von Reichsgeld vorliegt. Soweit solche Verbote vorliegen sollten, wird unverzüglich eingegriffen werden.“

Wissenschaft · Kunst · Literatur

Eine Pfeif-Sprache. Eine der merkwürdigsten „Sprachen“, die es auf der Welt gibt, wird auf den kanarischen Inseln verwendet. Die Guanachen, die Ureinwohner, die die Inseln bereits Jahrhunderte vor der Entdeckung durch die Spanier bewohnten, sind zwar als Rasse für sich ausgestorben, aber ihre Nachkommen haben sich mit den Spaniern vermischt, und diese Mischlinge besitzen wenigstens noch eine besondere Fähigkeit, die ihnen bisher noch kein Europäer abgelernt hat. Das ist die Pfeif-Sprache. Die Inseln sind so gebirgig, daß die einzelnen Täler von den benachbarten Siedlungen durch schroffe Felsenklüfte getrennt sind, so daß man einen Umweg von vielen Kilometern machen muß, um in das benachbarte Tal zu gelangen. Da es den Guanachen so umständlich war, erst immer um die Felsen herumzulaufen, wenn sie sich etwas mitteilen wollten, so haben sie im Laufe der Jahrhunderte einen vollständigen Signalkoder durch Pfeif-Sprache ausgebildet. Zu diesen Pfeifen wird kein Instrument benutzt, sondern die Eingeborenen besitzen die Geschicklichkeit, mit den Lippen so schrille Töne hervorzubringen, daß sie bis zu 6 Kilometer weit hörbar sind. Bis zu dieser Entfernung können nur zwei Guanachen ein langes Gespräch führen, bei dem sie sich nur ihrer Pfeif-Sprache bedienen. Wie eine englische Zeitschrift behauptet, ist es bisher noch keinem Europäer gelungen, das Geheimnis dieser Pfeif-Sprache zu erründen und die langen oder kurzen Töne nachzuahmen, die die einzelnen Buchstaben und Silben der Sprache bilden. Das Pfeifen der Eingeborenen ist außerordentlich durchdringend, und ein Gelehrter, der die Sprache lernen wollte, erzählt, daß er mehrere Wochen auf einem Ohr taub war, in das er sich von einem Guanachen die Töne hatte pfeifen lassen.

Ein fünfjähriger Wunderpianist. In Paris feiert zur Zeit der fünfjährige Pianist Pietro Mazzi Triumphe, die nur mit denen des jungen Mozart verglichen werden können. Er ist der Sohn eines in Paris lebenden italienischen Journalisten und seine Mutter ist die früher so gefeierte Sopranistin Carla Benassi. Mit vier Jahren schon begann die Mutter, ihm Unterricht zu erteilen, und zwar mit solchem Erfolg, daß er bereits im nächsten Jahre vor einem Kreis geladener Kritiker spielen

Staatsanwalt und Banken.

Bucheranfrage gegen 60 Berliner Bankhäuser.

Berlin, 5. Januar.

In den vergangenen Monaten wurde wiederholt berichtet, daß teils die Bucherpolizei, teils der Devisenkommissar, teils beide gemeinsam „Devisenrazzien“ in Berliner Banken und Wechselstuben veranfaßten hatten. Die Ausbeute war nicht sehr groß. Wohl aber wurde dann bei der Durchsicht der Bücher gefunden, daß Banken sich „Provisionen“ für Vermittlung und Zinsen zahlen ließen, die von den Behörden ebenfalls als Bücher betrachtet wurden. Gleichzeitig waren bei der Staatsanwaltschaft und bei der Polizei zahlreiche Bucheranzeigen aus allen Kreisen der Bevölkerung, aus Groß- und Kleinindustrie, Groß- und Kleinhandel usw. eingelaufen. Die beiden genannten Behörden haben nun das Material gesichtet und sind mit Anklage wegen Buchers gegen sechzig Banken vorgegangen.

Hand in Hand damit ging die Bildung einer Kommission, die aus Vertretern der Bucherpolizei, der Reichsbank, der Groß-, Mittel- und Kleinbanken, der Industrie und des Handels sich zusammensetzt. Diese Kommission soll in den bevorstehenden Prozessen als Sachverständigenkommission dienen. Die Banken verteidigen sich damit, daß sie infolge des Geschäftandrangs ihren Angehörten zahllose Überstunden zumuten mußten, die erhöht bezahlt wurden, wodurch sich die Kosten für die Kundschaft vervielfacht hätten; weiter damit, daß alle Unkosten getragen seien. Die Gründe wurden geprüft, dennoch aber glaubt die Behörde, daß Grund zur Anklage übriggeblieben ist.

Politische Rundschau

Zeitgemäße Anfrage der Deutschnationalen.

Der deutschnationale Abgeordnete Börner (Leipzig) hat im Einvernehmen mit sämtlichen Mitgliedern der Deutschnationalen Fraktion folgende Anfrage im Landtage eingebracht:

„Auf Veranlassung des ehem. Ministerpräsidenten Dr. Zeigner ist zahlreichen bürgerlichen Zeitungen der Vertrag über die Aufnahme amtlicher Anzeigen gekündigt worden, und zwar nur aus dem Grunde, weil diese Zeitungen Dr. Zeigner und seiner Politik gegenüber von dem Rechte der Kritik Gebrauch gemacht hätten. Ist die heutige Regierung bereit, diese Fälle nachzuprüfen und den zu unrecht benachteiligten Zeitungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen?“

Maßnahmen gegen die Wirtschaftskritik

Berlin, den 5. Januar. (Telunion). Wie der deutsche Handelsdienst erklärt, hat der Chef der Heeresleitung dem bekannten Wirtschaftspolitiker Richard Calwer in Berlin-Wilmersdorf eine Verwarnung zugehen lassen, weil er in seinen wirtschaftlichen Tagesberichten vom 21. Dezember 1923 in seinem Aufsatz „Wohin die Reise geht“ der Reichsregierung vorgeworfen hat, durch eine neue Inflation das Volk aus Dummheit oder Absicht zu betrügen. Derartige Artikel seien geeignet, das Vertrauen zu den wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung zu untergraben und eine Beunruhigung im Volk hervorzurufen. Der Chef der Heeresleitung teilt Herrn Calwer mit, daß er im Wiederholungsfall genötigt sein werde, mit den Mitteln des Ausnahmezustandes vorzugehen.

Vorausichtlicher Kabinettswechsel in London.

Paris, den 5. Januar. Aus London wird gemeldet: Wie die Blätter mitteilen, wird Ramsay MacDonald heute in London eintreffen und eine vollständige Liste seines Kabinetts in der Tasche haben. Er beabsichtigt, dem konservativen Abgeordneten Justice Sankey der Chicago-Tribune das Amt des Vordanzlers anzutragen. Nach der Chicago-Tribune werden die Ergebnisse folgenden Verlauf nehmen. Die Aussprache über die Thronrede des Königs wird am 15. Januar in unmittelbarem Anschluß an ihre Verlesung beginnen. Man erwartet,

den Erfolg, den er hier errang, bestimmte die Eltern, den Knaben öffentlich auftreten zu lassen. Er wurde vom Publikum mit einer noch nie erlebten Begeisterung bejubelt und nicht minder überschwänglich war die Kritik der Pariser Presse. Natürlich wurde der Knabe auch sofort interviewt, und einer der Journalisten berichtet, daß der Knabe mit seiner gebuldeten hohen Stirn, mit den nach innen gerichteten Augen und dem vernünftigen Zug um die Lippen auffallend an Beethoven erinnere. Auf die Frage, wer sein Lieblingskomponist sei, antwortete der kleine Pietro „Chopin“ und begründete das mit den Worten: „Weil er immer so traurig ist.“ Der Gipfel des Triumphes erreichte der Kleine, als ihm die Auszeichnung zuteil wurde, in einer Privatgesellschaft im Hause Clemenceaus zu spielen, wobei ihn Frau Clemenceau auf den Schoß nahm und sich mit ihm photographieren ließ. Das Bild macht jetzt die Kunde in der Presse und trägt natürlich dazu bei, Neelame für den Wunderpianisten zu machen, der hoffentlich in Zukunft das hält, was die Pariser Presse heute von ihm verspricht.

Eine deutsche Entdeckung wertvoller als die ganze Reparationssumme! Unser Londoner Dr. G. Mitarbeiter schreibt uns: Der Forscher Biologe, Julian Huxley, schreibt in einem Ueberblick über die Fortschritte seiner Wissenschaft in dem abgelaufenen Jahr im „Daily Herald“: „Die deutsche Entdeckung einer chemischen Substanz Peyer 205, welche die Schlaftraurigkeit heilt, ist ein weiterer und höchst wichtiger Schritt vorwärts, um die Tropen bewohnbar zu machen. Diese eine Entdeckung ist für alle Nationen mit tropischen Pestigungen von solcher Wichtigkeit, daß sie auf einen Schlag ins helle Licht rückt, wie verbrecherisch dumm es ist, eine große wissenschaftliche Nation wie Deutschland in eine solche Notlage zu bringen, daß es ihr immer schwerer wird, ihre wissenschaftlichen Forschungen fortzusetzen. Diese Entdeckung wird wahrscheinlich schließlich für die Alliierten finanziell weit wertvoller sein, als die ganze Reparationssumme, die sie ursprünglich forderten.“

Die Legende eines Berges. Wenn wir den Namen des Schweizer Berges Pilatus hören, so denken wir kaum noch daran, daß er nach Pontius Pilatus benannt ist und daß die ganze Sagenwelt dieses Berges von dieser neuteilamentlichen Gestalt erfüllt ist. In der neuen englischen Zeitschrift „The Outline of the World“ werden einige dieser merkwürdigen Legenden gesammelt. Danach soll Pontius Pilatus nach der Kreuzigung des Herrn in Lugano gefallen sein und sich selbst im Gefängnis getötet haben, worauf sein Leichnam in den Tiber geworfen wurde. Aber der Fluss empörte sich gegen die Leiche des Sünders, der mit am Tode des Heilands

schuld war und schleuderte sie wieder an die Ufer, bis der tote Körper schließlich Ruhe fand in dem einfachen Weiber auf dem Gipfel eines Berges in der Nähe von Lugano, der nach ihr benannt wurde. Nach einer anderen Version zog sich Pilatus, von Gewissensbissen gepeiniget, in die Einsamkeit der Schweizerischen Bergwelt zurück und wurde schließlich von dem Ewigen Jüden in den Teich geworfen. Jedenfalls tief seine Grabstätte auf dem Gipfel des Berges, die man im Mittelalter dorthin verlegte, große Beunruhigungen unter den Anwohnern hervor, und man schrieb den Spat dieses Sünders Lawinen und Ueberflutungen zu, die das Land verunstalteten. Schließlich erklärte sich ein spanischer Geisteslicher, der ein großer Teufelsbann war, dazu bereit, den bösen Geist des Berges zu beschwören und bahnte sich den Weg nach dem Gipfel, obwohl sich ihm die furchtbaren Mächte der Bergwelt, reizende Ströme, grausige Abgründe und schredliche Lawinen entgegenstellten. Alle Hindernisse überwand er durch das Zeichen des Kreuzes. Als er aber bei dem einwandigen Berggipfel angekommen war, da erschien ihm Pilatus selbst, groß wie der Turm, einen riesigen Fichtenstamm in der Hand, mit dem er ihn niederschlagen wollte. Ein grimmiger Kampf entspann sich zwischen dem frommen Manne und dem bösen Geist, der einen ganzen Tag und eine ganze Nacht währte, während der Berg in seinen Grundfesten erbebte. Pilatus wurde schließlich besiegt und gelobte, ruhig in dem Teiche zu bleiben, mit Ausnahme des Freitags, an dem er sein spukhaftes Wesen weiter treiben durfte. Es wurde ein Geseh erlassen, daß niemand am Freitag den Berg bestiegen dürfe, und wer es trotzdem wagte, dem erschien Pilatus in einer roten Richtertracht und blendete ihn oder verstümmelte ihn fürs ganze Leben. Im 16. Jahrhundert wurden regelmäßige Projektionen unter Führung des Pfarrers von Lugano veranfaßt, um den Geist zu verjüngen, wobei Steine in den Teich geworfen wurden.

Festnahme von Geiseln durch die Verräter.

Speyer, 5. Jan. Generalleutnant a. D. Leib aus Hahloch und der Sohn des Generalmajors von Gropper aus Ebesheim bei Landau wurden gestern von den Separatisten als Geiseln für zwei auf rechtsrheinischem Gebiet festgenommene Separatisten verhaftet und in das separatistische Gefängnis im Regierungsgebäude in Speyer eingeliefert.

Krieg und Frieden.

„Obigenes“, der Zeitblätter der „München-Augsburger Abendzeitung“, veröffentlicht in seinem Blatt folgende Gegenüberstellung:

Achtzehntausend Belgier sind umgekommen
Und sie sagten alle miteinander,
Deutschland habe sich gemein benommen,
Als es noch in ihrem Lande stand:

Expropriationen und Requisitionen,
Espione, die stoch' man ins Loch,
Und Retorsionen und Deportationen
Und . . . wisse der Teufel, was noch! —
So klagte man eifrig, doch man verschwieg:
Damals war — Krieg!

Nun, wie wär's, wenn achtzehn Millionen
Deutscher lämen vor des Richters Tisch,
Die in dem bedrängten Aheinland wohnen,
Alle sprächen von der Leber frisch:

Neuer, Verräter und Separatisten,
Vöthliche Anrechnung und freudelider Tort,
Ausweisungswillkür, Pfälzer Pustschisten
Und immer wieder — Welt, richte dul: Mord!
Das klagen Millionen mißhandelter Leut'.
Und — „Frieden“ ist heut'!

Kurze politische Mitteilungen

Eine Spende der Banken.

Berlin, 6. Januar. Deutsche Großbanken haben zur Linderung der Not in Deutschland 700 000 Goldmark gespendet. Von diesem Betrag sind 150 000 Goldmark der Reichsbank zur Verfügung gestellt worden. Der Rest ist für Berlin bestimmt.

Amtsenthebungen in Thüringen.

Weimar, 6. Januar. Die Fällungsaffäre in Thüringen zieht weitere Kreise: durch Verfügung des Militärbesehlshabers sind die Kreisdirektoren von Meiningen und Eisenach wegen des Verdachts der Urkundenfälschung ihres Amtes enthoben worden.

Die Stöße des Franken.

Paris, 6. Januar. Die Rheinlandkommission hat eine Verordnung erlassen, um den sinkenden französischen Franken zu schützen. Nur die Banken und Wechselbureaus sind berechtigt, im besetzten Gebiete Handel mit Devisen zu treiben. Sie müssen innerhalb und außerhalb ihres Geschäftskreises den Kurs anschlagen, zu dem sie Devisen kaufen und verkaufen. Die Verordnung bezieht sich auch auf den Bräutertopf von Rehl.

Das Wack der „Dixmuiden“.

Rom, 6. Januar. Nach Meldungen aus Messina schlen die Untersuchungen an der Küste Siziliens dazu geführt zu haben, die Stelle ausfindig zu machen, wo das Luftschiff „Dixmuiden“ ins Meer gekürzt ist. Französische Dampfer, die zunächst verhaftet hatten, den Meeresboden zu unteruchen, wo man die Leiche des Kapitans gefunden hätte, hatten im Anfang keinen Erfolg, bis gestern zwei Fischerboote etwa 3 Meilen abwärts von der Küste, und zwar in der Nähe des Kap San Marco mit ihren Netzen ein dieses Bündel Eisenbrat und Bruchstücke des Aluminiumgefäßes herausgeholt haben.

Kleine Nachrichten

Die Quelle des „fliegenden Holländers“. Die Sage vom fliegenden Holländer, so volkstümlich sie klingt, geht trotzdem auf einen Kunstbichter zurück, auf Heinrich Heines' „Reisebilder“. Jetzt weiß aber Erich Löwenthal in Emden aus Heines Werk, die er in der Schriftenfolge „Valostwa“ veröffentlicht, überzeugend nach, daß auch Heines Fassung nicht aus dem Volksmunde geschöpft ist. Heine geht vielmehr auf einen heute vergessenen Roman zurück, den 1826 W. H. Hubwald unter dem Titel „Druckstücke aus Karl Verholbs Tagebuch“ erschienen ließ. Heines wertige Darstellung der Sage, in den Memoiren des Herrn von Schabelowopoll, 1834, gab dann den Stoff zu Richard Wagners Musikdrama.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff-Dresden, 7. Januar 1924.

Merkblatt für den 8. Januar.

Sonnenaufgang 8¹¹ | Mondaufgang 9¹¹ A.
Sonnenuntergang 4¹ | Monduntergang 8¹¹ A.
1942 Hofmeister und Astronom Galileo Galilei gest. — 1880
Künstler und Orchesterleiter Hans v. Bülow geb.

Gemeinde-Wahltag:

Sonntag, den 13. Januar 1924!

Die politische Siebehitze, die die Herbstmonate des verfloffenen Jahres im Reiche beherrschte, die aber im Freistaate Sachsen insolge manderlei bedauerlicher Vorkommnisse in den Regierungsstellen und der nicht zur Ordnung und Ruhe kommenden Frage der Besetzung der Ministerposten noch heute anhält, ist im Reiche im Abflauen. Im Reiche ist eine gewisse Stetigkeit der inneren Politik, die sich bemüht, den Lebensinteressen aller Volksschichten gerecht zu werden, unverkennbar. Um so mehr halten wir es angesichts dieser Tatsache für unsere Pflicht, darauf hinzuwirken, daß dieser Ruhestand um so eher den Weg zu innerer Gefundung des Volksganges ebnet kann, je weniger durch erneute Aufwühlung von Parteileidenschaften und Parteigegensatz die in der Bildung begriffene gegenseitige Anpassung der einzelnen Volksschichten aufs neue untergraben wird. Wer es gut mit unserem Vaterlande und seiner Zukunft meint, sollte deshalb alle seine Bemühungen daransetzen, das aufkeimende gegenseitige Sichverfehlen mit allen Mitteln zu fördern. Vielleicht besteht dann Aussicht, daß wir über alle Klippen und Höhnisse eines durch Parteihetze zerstückelten Volkes hinweg noch den Weg zur Einigkeit finden, die allein uns eine neue Winterzeit sichern kann. Am Sonntag, den 13. Januar, finden im gesamten Freistaate Sachsen die Wahlen zu den kommunalen Körperlichkeiten statt. In alle Wähler und Wählerinnen in Stadt und Land rufen wir unseren Mahnruf zur Besonnenheit und zum Mäßigen, sich gegenseitig zu verstehen, heute ganz besonders. Möge der Wahlkampf gestützte Formen bewahren. Mögen alle Kräfte zusammen dahin wirken, daß allüberall aus den Wahlen die Vertreter hervorgehen, die mit Verständnis und Ernst, mit Würde und Eifer dahin arbeiten, daß auch in den Erfordernissen der Gemeinden Stetigkeit und Ordnung bald zurückkehren. Die Finanzlage der Gemeinden, ob städtische oder ländliche, ist allüberall durch den Währungsverfall eine trostlose geworden. Die Stetigkeit, die uns die Rentenmark gebracht, ist das Fundament, auf dem allein sich auch nur eine gesunde Finanzpolitik der Gemeinden aufzubauen vermag. Zeitlich fallen die Gemeindevahlen gerade jetzt, wo die Rentenmark allgemeine Anerkennung erlangen, so günstig wie nur möglich. Wird der Wahltag von allen Wählern dahin genutzt, daß die zur Leitung der städtischen und gemeindlichen Geschäfte berufenen Vertretung aus dem Wahlgange hervorgeht, so kann sich auch diesem Aufschwunge nichts mehr entgegenstellen. Berufen fühlen sich zwar viele! Die wirklich Ausgewählten nun auch zu wählen, liegt bei den einzelnen Wählerschaften in Stadt und Land!

Tagesordnung für die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am Dienstag, den 8. Januar, nachm. 1/2 7 Uhr: 1. Verwaltungsjahresbericht, 2. Wahl des Stadtverordnetenvorsethers für das laufende Geschäftsjahr, 3. Wahl des stellv. Stadtverordnetenvorsethers, des Schriftführers und des stellv. Schriftführers, 4. Ausschulwahl. Hierauf gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten: 1. Eingänge und Mitteilungen, 2. Ueberrichtungsgeld der Herberge, 3. Stromanpreis, 4. Uebertragung des Orisgeleges: Verabreichung der Zahl der Stadtverordneten, 5. Verschiedenes.

Wenn gehören die Schaffstiesel? In diesem Sommer sind aus der Gartenlaube eines hiesigen Schrebergartens ein Paar Schaffstiesel, eine Schaufel und ein Spaten gestohlen worden. Der Eigentümer ist nicht bekannt. Er möge sich bei der Gendarmerei melden.

Auflösung des Landesobstlenamtes. Durch den Abbau der behördlichen Kohlenverteilung haben sich die Geschäfte des Landesobstlenamtes für den Freistaat Sachsen erledigt. Infolgedessen ist das Landesobstlenamt am 31. Dezember 1923 aufgelöst worden. Eingaben in Kohlenangelegenheiten sind künftighin an das Arbeitsministerium — Geschäftsstelle A — zu richten.

Reiseparquettische. Die Reichsbahn gibt seit kurzem Reiseparquettische aus, um wirtschaftlich schwächeren Volksteilen die Auffahrung des Fahrgebühres für eine größere Reise zu erleichtern. Wenn auch das in vielen Eingaben zutage getretene Verlangen nach Einführung werbefähiger Gutschneise keinen Hauptgrund in der fortschreitenden Geldentwertung hatte, so ist doch die Einrichtung auch nach Eintritt festerer Währungsverhältnisse zu begrüßen. Da die Einheitspreise für 1 Kilometer in der 2. Klasse 1/2 Pfg., in der 3. Klasse 3/4 Pfg. und in der 4. Klasse 2/3 Pfg. betragen, kann sich der Reisende mit Hilfe der Entfernungsangaben in den Fahrplänen die Anzahl der für die beabsichtigte Reise erforderlichen Wertzeichen zu 2 Mark (grün) oder 5 Mark (gelb) leicht berechnen.

Steuersatztag in Wilsdruff. Das Finanzamt Rössen errichtet hier am 9. Januar in der Zeit von 10—12 und 1/2 bis 1/6 Uhr im hiesigen Stadtverordnetenloale einen Steuersatztag ein, an dem ausschließlich Zahlungen auf Brotverforgungsabgabe und Abschlußzahlungen auf Anfahrsteuer 1923 angenommen werden. Das Finanzamt hält es anscheinend nicht für nötig, die Steuerzahler des Bezirks Wilsdruff amtlich darauf hinzuweisen. Wir wurden zufällig von privater Seite darauf aufmerksam gemacht und wollen es unseren Lesern nicht vorenthalten. (D. Schriftl.)

Vorläufig keine Aufhebung des Ausnahmezustandes

Zu der in der Tagespresse aufgetretenen Ansicht, daß nach Bildung der Koalitionsregierung in Sachsen der Ausnahmezustand sich bald als überflüssig erweisen würde, ist festzustellen, daß es sich hierbei zumindest um eine verfrühte Anschauung handelt. Ob der Ausnahmezustand aufgehoben werden kann, ist nicht abhängig von dem jeweiligen Kabinett, sondern liegt lediglich an dem Verhalten der Bevölkerungskreise, die den Ausnahmezustand zur Notwendigkeit machten. Daß diese Kreise aber, die in ihrem unerhörten Verhalten und an der Durchfüh-

rung weiterer verfassungsändernder und umstürzender Pläne sicher nur durch den Ausnahmezustand gehindert wurden, nach Aufhebung des Ausnahmezustandes sofort mit ihren heftigsten Treibereien beginnen würden, darf keinem Zweifel unterliegen. Die Bevölkerung Sachsens, namentlich die Industrie- und Handelskreise, haben aber das größte Interesse daran, die jetzt durch den Ausnahmezustand geschaffene Ruhe und Ordnung nicht durch eine frühzeitige oder voreilige Aufhebung des Belagerungszustandes gefährdet zu sehen. Daß das gegenwärtige Kabinett das Bemühen des Bekehrungskommandos um Ruhe, Ordnung und Sicherheit unterstützen und nicht, wie früher, sabotieren wird, darf zwar als sicher gelten, hat aber bei der Einstellung der radikalen Kreise nur sekundäre Bedeutung.

Der „vielseitige“ Herr Fellisch.

Dresden, 6. Jan. Auf dem heutigen Landesparteitag der D.D.P. hielt Herr Fellisch, einer der Hauptschuldbigen der linksradikalen Parteiwirtschaft, eine Rede, die deutlich zeigt, weshalb dieser stets zwiespältige Herr bis zum Januar Anhänger der großen Koalition und am 4. Januar einer der fünfzehn Argonianer war, die unter Protest den Landtag verließen und der Ministerpräsidentenwahl fernblieben. Herr Fellisch wandte sich zuerst an die Galerie, auf der nach geschichtlicher Regie der Landesparteileitung die Radikalen in der Mehrheit waren. Er sagte, des Beifalls gewärtig: „Ich habe stets erklärt und erkläre es auch heute wieder, daß einzig und allein der schärfste Klassenkampfstandpunkt die realistische Basis ist, auf der überhaupt Politik gemacht werden kann!“

Stürmischer Beifall lohnt ihn, aber dann besinnt sich Herr Fellisch plötzlich, daß das neue Kabinett, dem er so gern angehören möchte, ja ein Koalitionskabinett ist, und so erklärt er weiter: „Wir haben die Partei nicht, um eine Partei zu haben, sondern wir haben die Partei, um mit ihrer Hilfe die Lage der Arbeiter zu verbessern und Verschlechterungen ihrer Lage abzuwehren.“ Diesmal waren es die Herren Hifferding, Dittmann und Wels, die den Berliner Parteivorstand vertraten, die mit Elsa Büttner, Wirth, Rahmann, Kühn, Meier, Hädel und Bud etc. Fellisch Beifall spendeten.

Und wiederum warf Herr Fellisch das Steuer herum: Er bestand sich, daß er ja im neuen Kabinett ohne die Minister Heldt, Eisner und Müller nicht auskommen kann und so sichert er sich schnell auch deren Beifall dadurch, daß er erklärte, die fünfzundzwanzig, die am 4. 1. 24 für die große Koalition gestimmt hätten, seien in einer peinlichen Zwangslage gewesen und hätten in gutem Glauben gehandelt. Besonders hatte jedoch am 4. 1. Herr Fellisch selber es abgelehnt, dessen guten Glauben zu seinem eigenen zu machen.

So hatte sich der Redner von drei Seiten Beifall geholt und glaubt wahrscheinlich, daß nunmehr seinem Eintritt in das Koalitionskabinett nichts mehr im Wege stehe. Herr Fellisch gibt nur die Hauptfache: Daß nämlich für die bürgerlichen Minister ein Mann, dem der schärfste Klassenstandpunkt erforderlich jeder Politik ist, als Kollege einfach unmöglich ist. Seine fanatische linksradikale Agitation wird ihm, wie er sich auch winden mag, dauernd wie ein Nebelkissen an der Kehle hängen und jedes Kabinett, dem er angehört, zur Unfruchtbarkeit verurteilen.

Neuwahlen auch in Sachsen? Den Februar-Wahlen im Lande Thüringen wird voraussichtlich der gleiche Volksentscheid im Lande Sachsen folgen, nachdem das von der radikalen Sozialdemokratie beantragte Volksbegehren von der alten Regierung genehmigt worden ist, und wahrscheinlich auch von der neuen Regierung nach Lage der Dinge nicht abgelehnt werden kann. Die Scheu der roten Partei vor Neuwahlen ist nach den blamablen Vorgängen der letzten Zeit wohl begrifflich, aber die Urteils-Rundgebung des Volkes läßt sich schließlich auch in Sachsen nicht lange mehr hintanhalten. Und wenn jetzt auch die Bildung eines Koalitionskabinetts ermöglicht worden ist, so kann diese Regierung doch nur als Uebergangsinstitut bis zur Schaffung neuer Mehrheitsfundamente durch die Wahlentscheidung zu gelten haben. Um die aber mühte es diesmal anders bestellt sein, als um ihre letzte Vorgängerin, die das Schauspiel sah, daß die rote Linke unter Anwendung schärfster Zwangsmittel auch die letzte Person ihrer Anhängerschaft an die Wahlurne brachte, während auf bürgerlicher Seite ein ansehnlicher Prozentsatz von Wählern es vorzog, nicht zu wählen. Nicht nochmals dürfen die nichtbürgerlichen Fraktionen in den Landtagsaal zurückkehren als Triumphatoren. Es muß, nach dem Beispiel Thüringens, in Sachsen eine bürgerliche Einheitsfront vorbereitet und im gegebenen Augenblick mit äußerster Energie in Tätigkeit gesetzt werden. Die roten Spuren fordern gebieterisch zur Selbstbestimmung auf.

Sachsen und Nachbarschaft

Tagung der S.P.D. Sachsens.

Dresden, 7. Jan. Der sozialdemokratische Landesparteitag, der am Sonntag im hiesigen Landtagsgebäude tagte und an dem 104 Genossen, meist Radikale, teilnahmen, hatte darüber zu beschließen, ob die sozialdemokratische Partei an der großen Koalition teilnehmen soll. Aus Berlin waren vom Parteivorstand erschienen Wels, Dittmann und Hifferding. Von der Reichstagsfraktion waren anwesend die Abg. Bud, Rahmann, Puchta, Schmidt und Hädel. Nach Referaten der Abg. Fellisch und Müller-Leipzig, sowie nach längerer Diskussion nahm der Parteitag folgende Entschlieung mit 77 gegen 16 Stimmen an:

„Der Landesparteitag der D.D.P. Sachsens stellt fest: 1. Die aus 25 Genossen bestehende Mehrheit der Landtagsfraktion hat in der Landtagsitzung am 4. Januar mit Volkspartei und Demokraten eine Regierung gebildet und damit den Beschluß des Landesparteitages vom 2. Dezember, der ausdrücklich jede Koalitionsbildung von der vorherigen Zustimmung des Parteitag abhängig machte, gebrochen. Sie hat mit den Stimmen der Bürgerlichen einen Ministerpräsidenten gewählt und ist voll verantwortlich für die Spaltung der Fraktion. Dieses Verhalten der Fraktion ist ein grober Bruch der Parteidisziplin und bildet einen beispiellosen Vorgang in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Der Mißplunderruch wiegt um so schwerer, als die Landtagsfraktion selbst es war, die eine Entschlieung des Parteitag verlangt hat und trotzdem zwei Tage vor Statfinden des Parteitag die Entschlieung vorwegnahm. Die Fraktionsmehrheit hat sich ferner dem Beschluß des Parteitag widersetzt, der die Kompetenzgrenzen der Fraktion festlegt und die Entschlieung über alle rechtlichen und tatsächlichen Fragen den Landesinstanzen und einer Vertretung der Fraktion in gemeinschaftlicher Beratung überträgt. Die Landesinstanzen sind bei den letzten Verhandlungen der Fraktion völlig ausgeschaltet worden. Der Parteitag spricht deshalb der Fraktionsmehrheit

das schärfste Mißtrauen aus und billigt die Haltung der 15 Genossen der Fraktionsminderheit, die durch eine öffentliche Erklärung ihren ablehnenden Standpunkt getreu dem Parteitag beschluß präzisieren. — 2. Die eingegangene Verbindung mit Volkspartei und Demokraten ist eine glatte Unterwerfung unter die Gewaltpolitik der Bourgeoisie, die in Sachsen und Thüringen durch Staatsstreich und Reichsresolution die Zerschlagung der sozialdemokratischen Positionen und die Bildung einer großen Koalition anstrebte. Diese Unterwerfung würde die Handlungsfreiheit der Partei verneinen, deshalb billigt der Parteitag die Ablehnung der großen Koalition durch die Fraktionsminderheit. 3. In Konsequenz dieser Feststellung verlangt der Parteitag den Rücktritt des Ministerpräsidenten und den (einen?) Appell an das Volk und fordert von der Fraktion, für die Auflösung des Landtags sofort mit allen Mitteln einzutreten. Wird die Landtagsauflösung im Landtage nicht erreicht, so ist der Volksentscheid durchzuführen. — 4. Der Landesparteitag fordert ausdrücklich von der Landtagsfraktion, daß sie diesem Beschluß entsprechend handelt. Nach § 23 des Reichsparteistatuts sind die örtlichen und die Bezirksorganisationen gehalten, gegen Parteimitglieder vorzugehen, die beharrlich die Durchführung der Parteitagbeschlüsse verweigern. — 5. Der Parteitag fordert die Parteigenossen im Lande auf, treu zu den Beschlüssen des Landesparteitages zu stehen und von jeder Spaltung abzugehen, komme sie woher sie wolle, und ihr mit rücksichtsloser Energie entgegenzutreten. Angesichts der Zusammenballung aller reaktionären Kräfte gegen das Proletariat ist mehr als je die Aufrechterhaltung einer einigen und durchaus schlagfertigen Sozialdemokratie das Gebot der Stunde.“ — (Kann und wird den „Männern“ nicht bald geholfen werden? Red. d. „S.-Z.“)

Dresden. In der Nacht zum 31. Dezember wurden aus einem Büro aus der Tiergartenstraße gegen 20 000 Stück Zigaretten der Marken August der Starke, Vio, Sulimatosla und etwa 300 Stück Zigaretten in 50 er Packungen, sowie ein brauner Damenmantel, unten mit dunkelbraunem Pelz besetzt, und ein weißes Tischtuch mit Sternmuster, rot gezeichnet „A“ gestohlen.

Dresden. Einem hiesigen Einwohner wurde am 3. Januar eine wertvolle goldene Herren-Kemotouche mit Doppelbedel, auf der Rückseite eine siebenzählige Krone mit Brillanten besetzt, sowie eine goldene Busennadel in Form von zwei verschlungenen Ringen mit einem Brillanten besetzt, gestohlen.

Dresden. Von der Kriminalpolizei wurde der Reisende Arno Raumann, 1890 in Zwickau geboren, wegen Heiratschwindels festgenommen. A. suchte Bekanntschaften mit Witwen und Mädchen. Unter dem Versprechen, sie zu heiraten, ließ er sich von ihnen Kost und Wohnung gewähren und erschwand sich außerdem von Freundinnen und Bekannten ganz erhebliche Geldbeträge.

Dresden, 5. Jan. Von der Kriminalpolizei wurde der Reisende Arno Raumann, 1890 in Zwickau geboren, wegen Heiratschwindels festgenommen. A. suchte Bekanntschaften mit Witwen und Mädchen. Unter dem Versprechen, sie zu heiraten, ließ er sich von ihnen Kost und Wohnung gewähren und erschwand sich außerdem von Freundinnen und Bekannten ganz erhebliche Geldbeträge.

Dresden, 5. Jan. Am 3. Januar verstarb hier im Alter von 78 Jahren der Ministerialdirektor im Ruhestand Geheimrat Dr. theol. h. c. Johann Friedrich Krehlschmar. Er war 22 Jahre im Kultusministerium tätig, darunter 6 Jahre als Ministerialdirektor. Am 1. Oktober 1915 trat er in den Ruhestand.

Weißer Hirsch. In der Nacht zum 5. Januar wurde in der Bauhener Straße in ein Lederwarengeschäft ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden Handtaschen, Brieftaschen, Geldtaschen, Reiseecessaire und viele andere Sachen. Diese Sachen sind in zwei große mitgestohlene Reisetaschen verpackt worden.

Arbeiter für verlängerte Arbeitszeit.

Leipzig, 5. Jan. Auf dem Leipziger Braunkohlenwert in Kulkwitz haben sich rund 80 Prozent der gesamten Belegschaft, das sind etwa 350 von 420 Mann, für die Verlängerung der Arbeitszeit auf zehn Stunden ausgesprochen, und zwar gegen den Willen der Gewerkschaften. Die Arbeiter haben offen anerkannt, daß eben nur durch eine Mehrerzeugung an Kohlen und andern Gütern die deutsche Volkswirtschaft wieder gesund gemacht werden könne. Da ihnen wegen dieser Haltung durch ihre Gewerkschaften ernstliche Vorwürfe gemacht werden, treten sie zum größten Teile aus den Verbänden aus. — Das Beispiel beweist deutlich, daß in den Massen offenbar mehr volkswirtschaftliche Einsicht vorhanden ist, als in den Kreisen einzelner Gewerkschaftsführer. Zum Glück wird das Gros der Gewerkschaftsführer nach und nach derselben Meinung wie die Braunkohlenarbeiter in Kulkwitz.

Freital, 5. Jan. Die Vereine der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei, des Verbandes Sächsischer Industrieller, des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes und der Handelschutzverband haben für die Gemeindevorwahlen eine gemeinsame Liste aufgestellt.

Zittau, 5. Jan. Der Nestor in der Redaktion der „Zittauer Morgenzeitung“ Redakteur Ernst Hein, feierte am 3. Januar sein 70-jähriges Jubiläum an der genannten Zeitung. Hein ist bereits 70 Jahre alt.

Grimma, 5. Jan. Wie kürzlich bei Großröhrsdorf, so ist auch hier eine Großtrappe, die in Deutschland nur selten vorkommt gefangen und dem Leipziger Zoologischen Garten angeboten worden. Der große Vogel ist wahrscheinlich Nahrung fuchend in die hiesige Gegend gekommen.

Frankenberg, 5. Jan. Hier und in der näheren Umgebung haben in den letzten Wochen 20 Familien, zumeist Handwerker, Ausreisepässe nach Paraguay in Südamerika beantragt. Die dortige Regierung soll ihnen Land und Vieh zur Bewirtschaftung zur Verfügung stellen.

Borna, 5. Jan. Es ist verwunderlich, daß die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei, die sonst so eifrig mit Demontierungen bei der Hand war, auf die Meldung des Teunion-Sachsendienstes über eine revolutionäre Bewegung der Lopo in Borna keine Erwiderung gefunden hat. Die Defensivität hat ein Interesse daran, zu wissen, welche Polizeibeamten an der Bewegung beteiligt waren, welche Maßnahmen gegen sie ergriffen sind usw., zumal nach unseren Informationen die Untersuchungen, welche sich sogar auf den Führer der dortigen berittenen Staffel ausgedehnt haben, abgeschlossen sein sollen.

Mauen, 5. Jan. Die kommunistischen Stadtverordneten Kösch und Bleicherarbeiter Höstmann von hier, sowie der bekannte Babearzt Dr. Schminde in Bad Elster, die seinerzeit von der Reichswehr in Schutzhaft genommen waren, sind jetzt auf freien Fuß gesetzt worden. Der Kommunist Dr. Schminde war 7 Wochen in Haft.

Börse · Handel · Wirtschaft

Was kosten fremde Werte? In Millionen RM

Börsenplätze	5. 1.		4. 1.	
	gekauft	angeb.	gekauft	angeb.
Holland 1 Guld.	1 625 925	1 634 075	1 625 925	1 634 075
Dänemark 1 Kr.	758 100	761 900	750 120	753 880
Schweden 1 Kr.	1 187 190	1 142 850	1 182 169	1 137 837
Norwegen 1 Kr.	618 450	621 550	618 463	616 537
Finnland 1 Mark	105 735	106 265	105 735	106 265
Amerika 1 Doll.	41 895 500	42 105 000	41 895 500	42 105 000
England 1 Pf.	18 254 250	18 345 750	18 254 250	18 345 750
Schweiz 1 Fr.	751 118	754 882	751 118	754 882
Frankreich 1 Fr.	218 465	214 565	218 957	218 043
Belgien 1 Fr.	188 528	189 472	189 525	190 475
Italien 1 Lira	188 528	189 472	189 525	190 475
Schweiz 1 Kr.	127 680	128 820	127 680	128 820
Österr. 1000 Kr.	61 825	62 155	60 847	61 153
Ungarn 1000 Kr.	220 946	222 054	220 946	222 054

Deutsche Werte am 5. Januar.

Eine Rentenmark	1 Billion Papiermark
Dollarschabanweisungen	4,2 Mill.
Goldanleihe (1 Dollar) amtl.	4200 Milliard. Papierm.
Ein Goldpfennig	10
Eine Goldmark	1000

Einstellung der Gewinn- und Tilgungsauslösung der Sparprämienanleihe. Der Reichsfinanzminister hat der Staatsschuldenverwaltung Mitteilung davon gemacht, daß er einer Auslösung der am 2. Januar fälligen Gewinn- und Tilgungsauslösung der Sparprämienanleihe zustimme. Dieser Beschluß, der als durchaus gerecht anzuerkennen ist, hält sich genau so, wie bei der Einstellung der Zinsen auf die Papiermarktaatsanleihen an die Tatsache, daß die wenigen Papiermarkbeiträge deutzutage selbst für den größten Befizger dieser Art von Effekten nicht mehr ins Gewicht fallen können.

Ausfuhr-Umrechnungskurse für Januar.

Der Kurs für die Umrechnung der Ausfuhrwerte (zum Zwecke der Veranlagung der Reichsgebühren) in Gold wird für die Zeit vom 1. bis Ende Januar 1924 wie folgt festgesetzt (in Goldmark): 100 ägyptische Pfster 18,83; 100 amerikanische Dollar 419,60; 100

Werbt für die „Sachsen-Ztg.“!

Der Bezug der „Sachsen-Zeitung“ kann mit jedem Tage beginnen! Bestellungen nehmen unsere Ansträger und Ausgabestellen wie auch die Geschäftsstelle in Wilsdruff jederzeit entgegen. Unsere Freunde und Leser bitten wir, Bestellungen darauf hinweisen zu wollen. Wer seiner Zeitung dient, nützt ihr und sich!

argent. Papier-Pesos 134; 100 argent. Gold-Pesos 304,53; 100 belg. Franks 19,40; 100 brasilianische Papier-Milreis 39,38; 100 bulgar. Lira 3,10; 100 chilen. Papier-Pesos 45,44; 100 chilen. Gold-Pesos 141,80; 100 dän. Kronen 74,97; 100 deutsch-österreich. Kronen 0,0059; 1 engl. Pf. Sterling 18,34; 100 engl. Schilling 91,70; 100 engl. Pence 7,65; 100 estn. Mark 1,04; 100 finnische Mark 10,86; 100 franz. Franks 22,36; 100 griech. Drachmen 7,57; 100 holl. Gulden 160,03; 100 japan. Yen 200; 100 italien. Lire 18,23; 100 jugoslaw. Dinar 4,76; 100 lett. Rubel 1,58; 100 litauische Lit 40,75; 100 mexican. Dollar 194,12; 100 norweg. Kronen 62,88; 100 ostindische Rupien 130,72; 100 poln. Mark 0,00010; 100 portugies. Escudos 14,66; 100 rumän. Lei 2,22; 100 schwed. Kronen 110,43; 100 Schweizer Franken 73,28; 100 span. Peseten 54,80; 100 tschechische Kronen 12,30; 100 türk. Pfster 2,27; 100 ungar. Kronen 0,021; 100 uruguayische Gold-Pesos 324,18.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 7. Januar 1924

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Kauftrieb: 1428 Stück. 1. Rinder: 87 Ochsen, 44 Bullen, 98 Kalben u. Kühe, 276 Rälber, 185 Schafe, 788 Schweine. Preise in Mark: für 1/2 kg für Lebend-u. (im Durchschn.) für Schlachtgewicht. Ochsen: 1. vollfleischige, ausgewärmte höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 46 bis 50 (87), 2. junge fleischige, nicht ausgewärmte, ältere ausgewärmte 38 bis 42 (77) 3. mäßig genährte junge, gut genährte Ältere 30 bis 36 (70), 4. gering genährte jeden Alters 27 bis 28 (68 -). Bullen: 1. vollfleischige, ausgewärmte höchsten Schlachtwertes 46 bis 50 (87), 2. vollfleischige jüngere 38 bis 42 (77) 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte Ältere 30 bis 36 (70), 4. gering genährte - bis - (-). Kalben und Kühe: 1. vollfleischige, ausgewärmte Kalben höchsten Schlachtwertes 48 bis 52 (-), 2. vollfleischige, ausgewärmte Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 44 bis 46 (-), 3. ältere ausgewärmte Kühe u. gut entwidelte jüngere Kühe und Rälber 36 bis 40 (-), 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Rälber

28 bis 32 (-), 5. mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Rälber 20 bis 26 (-). Rälber: 1. Doppellender 1.-, (-), 2. beste Mast- und Saugfäher 70 bis 74 (-), 3. mittlere Mast- und gute Saugfäher 60 bis 67 (-), 4. geringe Rälber 50 bis 56 (-). Schafe: 1. Mastlämmer und jüngere Mastlämmer 56 bis 60 (-), 2. ältere Mastlämmer 40 bis 50 (-), 3. mäßig genährte Hammel u. Schafe (Werkchafe) 36 bis 40 (-). Schweine: Feinere Rassen und deren Kreuzung im Alter bis 1 1/2 Jahr 100-100, (-), 2. Feinschweine 90-88 (-), 3. fleischige 84-70, (-), 4. gering entwidelte 56-67 (-), 50-70, 47 über 80000 (800 Mark). - Die Preise sind Marktpreise für nächsteres Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtverlust Rinder haben sich alle wesentlich über die Stallpreise. Ueberhand: 15 Rinder, 10 Schafe, - Schweine.

Tendenzbericht

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Dresden, 7. Jan. Bei ziemlich lebhaftem Geschäft blieb die Kursgestaltung uneinheitlich, jedoch in der Hauptsache nach oben gerichtet. Kurssteigerungen von einigen Billionen Prozenten standen auf der anderen Seite nur geringfügige Einbußen gegenüber.

Berliner Produktenbörse am 7. Januar.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Der Doppelzentner in Goldmark.
Weizen 167-171, malt. Roggen 146-151, behauptet. Sommergerste 170-177, fest. Hafer 124-128, flau. Weizenmehl 26-29,25, behauptet. Roggenmehl 25-27,25, behauptet. Weizenkleie 8,50, behauptet. Roggenkleie 8,10-8,20, behauptet. Raps 285-295.

Dresdner Produktenbörse am 7. Januar.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Der Doppelzentner in Goldmark.
Weizen 17,60-18, Roggen 16,50-16,75, Sommergerste 17,75 bis 18,75, Hafer 13,50-13,80, Raps 23-24, Trodenkorn 11 bis 11,50, Weizenkleie 8,10-8,50, Roggenkleie 8,10-8,30, Weizenmehl 33-34,50, Roggenmehl 30,50-32.

Die heutige Ausgabe der „Sachsen-Zeitung“ umfaßt 6 Seiten.

Verlags- und Redaktionsleitung: Paul Frenzel.
Verantwortlich: Für die Politik, Handel und Unterhaltung: Paul Frenzel, für „Aus Stadt und Land“, „Aus dem Fremden“, „Sport“ und den übrigen teilsigen Inhalt: Hermann Köllig, für die Anzeigen und Reklamen: W. Köhler, Verleger und Drucker: Arthur Zschunke, sämtlich in Wilsdruff-Dresden.

Dresdner Kurse vom 7. Januar 1924.

Bekannteste Werte		Bank, Transport- und Bauwerks-Aktien		Maschinen-Aktien		Elekt. und Fahrrad-Aktien		Papier-, Papierk.-Pbr.- und Photogr.-Artikel-Wkt.	
heute	vorher	heute	vorher	heute	vorher	heute	vorher	heute	vorher
Reichsanl. m. 48	48	Kgl. De. Cred.-A. 4	4	Dresdn. Obl.-St. 0,45	0,45	Ernemann . . . 5,1	5,1	Thode-Aktien . . . 6,6	6,6
2 1/2 do. m. 0,52	0,52	Bant f. Braub. 8,2	8,2	Sächsische Bank. 38,5	38,5	Ja 66	66	Langer & Hoffmann 5	5
4 do. m. 0,07	0,07	Com.-u. Privatb. 9	9	D. Ed.-Betr.-Bef. -	-	Heidenauer Pap. 2,8	2,8	Ber. Baugner . . . 4,5	4,5
5 Kriegsanl. m. 0,105	0,105	Dormhädter Bank 18	18	S.-Bd. Dampfsh. 9,25	9,25	Rimosa 6,5	6,5	Ber. Strohhoff . . . 15,5	15,5
do. Zwangsanl. 0,75	0,75	Deutsche Bank . . 20	20	Baub. W. Dresd. -	-	Peniger Patent . . . 9,5	9,5		
4 1/2 Schapanow. m. 0,805	0,805	Disconto-Ges. . . 27	27						
4 Schuppgeb. . . 3,-	3,-	Dresdner Bank . . 18,5	18,5						
4 Spar-Präm.-Anl. 0,54	0,54								
3 Sächs. Rente m. 0,54	0,54								
3 1/2 S.-Al. 52/68 m. -	-								
4 do. 1919 m. 0,41	0,41								
3 1/2 Landesl. m. 0,41	0,41								
4 do. m. 0,62	0,62								
3 Preuss. Rost. m. 0,96	0,96								
3 1/2 Landesl. m. 3,54	3,54								
4 do. m. 0,62	0,62								
3 1/2 Dresd. 1893 m. -	-								
3 1/2 Dresd. 1900 m. -	-								
3 1/2 Dresd. 1905 m. 0,8	0,8								
4 Dresd. 1900 m. -	-								
4 Dresd. 1913/18 m. -	-								
4 1/2 Dresd. 1920 m. -	-								
4 do. 1922 m. 0,005	0,005								
4 Leipzig. m. -	-								
3 1/2 Leipzig. m. -	-								

Amtliche Verkündigungen

Die Girokasse ist vom 7. Januar 1924 an wieder täglich von 1/2 bis 1/2 Uhr vormittags und außer dem Mittwochs von 3 bis 4 Uhr nachmittags für den Verkehr geöffnet.
Außer dem Notgeld der Stadt Wilsdruff und dem des Bezirksverbandes Reichen werden
Papiermarknoten und Scheine
anderer Gemeinden und Verbände nur noch bis zum 12. Januar 1924 von der Girokasse und den städtischen Kassen angenommen.
Wilsdruff, am 5. Januar 1924.
Der Stadtrat.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Wilsdruff und Umgegend hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich eine
Schuhmacherwerkstatt
Meißner Straße 262d eröffnen habe und bitte bei Bedarf um gütigste Unterstützung.
Hochachtungsvoll
Paul Rutschick, Schuhmacher.

Oswald Mensch Nachf.
Inh.: Emil Mensch
Kochschäfer, Pferdegeschl. u. Spezereiwirtschaft
Postkappel, Lurstraße 10, früher
Heinrich Hahnisch.
Fernsprecher Amt Deuben 335, Nebenstelle Mensch.
Bestellungen fallen in Transportweg, sof. zur Stelle.

Abonnieren Sie sofort die „Sachsen-Zeitung“

Hierdurch die traurige Nachricht, daß am 5. Januar mein lieber Vater, unser treuherziger Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater
Robert Hermann Opitz
im 72. Lebensjahre nach langem Leiden plötzlich verstorben ist.
Grumbach, den 5. Jan. 1924.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Dienstag den 8. Jan. nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Die älteste Kochschlächterei
Spezereiwirtschaft u. Pferdegeschl. im Plauenischen Grunde.
Inhaber:
Kurt Stiering, Postkappel.
Tharandter Straße 25, Fernruf Deuben Nr. 151.
kauft laufend Schlachtpferde zu allerhöchsten Tagespreisen.
Bei Unglücksfällen sofort Tag und Nacht mit Transportgeschirr zur Stelle.

Stimmzettel
für die Gemeindewahlen
druckt schnell u. preiswert
Buchdruckerei Arthur Zschunke
Telephon 543.

Nach beendeter Inventur beginnt mit heute mein
Inventur-Verkauf.
Ich biete in demselben Gelegenheit zum Erwerb guter, gediegener Qualitäten zu sehr vorteilhaften Preisen.
Ganz besonders im Preis zurückgesetzt, gelangen zum Verkauf die Restbestände in
Wintermänteln, Winterjoppen, Anzügen, Kleiderstoff-, Barchent-, Waschstoff-, Wäschestoffabschnitten usw.
Eduard Wehner, Wilsdruff
Markt - Meißner Straße.

Milch!
Kaufe jedes Quantum vom Erzeuger. Milchtransportkannen können gekühlt werden. Angebote erbittet
Molkerei Zaukerode, Fernspr. Amt Freital 278.
Gebrauchtes, aber gut erhaltenes, Kargebaut.
Fahrrad
zu kaufen gesucht.
Preisangebote unter Nr. 100 an die Geschäftsstelle des Blattes.
Brenn-schwarzen gibt noch ab
Jäpel, Wilsdruff, Telephon 543.

Wir sind mit unserm ersten diesjährigen großen, feischen Transport
Oldenburger und Ostfriesischer Wagen- und Arbeitspferden
allerbesten Qualität, eingetroffen. Es befinden sich darunter gleiche Paare in verschiedenen Farben, sowie schwere Einspänner mit zur Zucht geeigneten Stuten, die wir ab Donnerstag den 10. Januar, bejonders preiswert zum Verkauf stellen.
Gainsberg, Emil Kästner & Co.
Fernruf Freital 296.



Sprüche für die Gegenwart.

Die Zeit ist schlimm, die Welt ist karg,
Die Besten weggerafft.
Die Erde wird ein großer Sarg
Der Freiheit und der Kraft.
Doch Mut! — Wenn auch die Tyrannie
Die deutsche Flur zertrat:
In vielen Herzen, still und treu,
Keimt noch des Guten Saat.

Theodor Körner.

Landwirtschaftliches

Ausnahmetarife für Lebensmittel.

Der für bestimmte Lebensmittel eingeführte Nottarif, dessen Gültigkeit am 31. Dezember 1923 abließ, ist bis 29. Februar 1924 verlängert worden. Dagegen ist am 31. Dezember der Ausnahmetarif für frisches Obst in Wagenladungen und Stückgut ohne Ertrag aufgehoben worden. Für frische Kartoffeln in Wagenladungen, nicht zu industrieller Verarbeitung bestimmt, ist am 1. Januar 1924 ein neuer Ausnahmetarif unter Aufhebung des alten in Kraft getreten, der an Stelle der bisherigen Frachtermäßigung von 80 Prozent nur noch eine Ermäßigung von 50 Prozent gegenüber der normalen Fracht aufweist.

Pferde- und Rinderbesitzer.

werden darauf aufmerksam gemacht, daß nach einer Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums am 10. Dezember 1923 ein weiterer Versuch auf Viehschneidungsbeiträge und Entschädigungen für nichtgewerbliche Schlachtungen fällig gewesen ist. Der Versuch, der wertbeständig zu entrichten ist, beträgt: 0,50 Goldmark für jedes Pferd, 1 Goldmark für jedes Kind über 3 Monate, 0,10 Goldmark für jedes Kind unter 3 Monaten. Zu diesen Beiträgen kommt jetzt noch ein 50-prozentiger halbmonatlicher Zuschlag wegen verspäteter Zahlung.

Plünderungsschäden auf dem Lande.

Vom Landbund Leipzig wird geschrieben: Es dürfte allgemein bekannt geworden sein, daß während des vergangenen halben Jahres die Plünderungen und Diebstähle auf dem Lande bis zum Eintreffen der Reichswehr einen außerordentlichen Umfang angenommen hatten. Trotzdem wird man sich kein klares Bild machen können, welche Verluste der Landwirtschaft und schließlich auch der Allgemeinheit durch diese Plünderungen, deren Einzelfälle mit „Raubraub“ nicht die entfernteste Ähnlichkeit haben, zugefügt wurden. Die für den verhältnismäßig kleinen amtshauptmannschaftlichen Bezirk Leipzig durchgeführten einwandfreien Ermittlungen, die nur nennenswerte Schäden statistisch erfassen, fördern im Endergebnis ein Zahlenmaterial zutage, welches an eindringlicher Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Mögen die nachfolgenden Angaben den vorurteilslosen Stadtbewohnern zu der Erkenntnis verhelfen, daß nur bei Ruhe und Ordnung die Landwirtschaft Höchstleistungen erzielen und damit die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen kann.

Folgende Schäden sind ermittelt worden: 18.001,50 Ztr. Kartoffeln, 4.777,50 Ztr. Weizen, 5.176,35 Ztr. Roggen, 1.377,50 Ztr. Hafer, 1.003 Ztr. Gerste, 231 Ztr. Erbsen, 110 Ztr. Bohnen, 1.077,50 Ztr. Röhren, 3.706 Ztr. Rüben, 100 Ztr. Kohlrüben, 670 Ztr. Zuckerrüben, 399 Ztr. Kraut, 1.331 Ztr. Stroh, 1,45 Ztr. Mohr, 3 Ztr. Zwiebeln, 1 Ztr. Grünfobl, 1 Ztr. Gurken, 20 Ztr. Wepfel, 1 Ztr. Birnen, 3 Ztr. Äpfel, 2 Ztr. Kartoffelstodden, 1 1/2 Schod Sellerie, 437 Stück Kohlrabi, 1 Mandel Gladsgarden, 80 Pfd. Mehl, 3 Brote, 1 Speckseite, 6 Pfd. Butter, 200 Kuten Luzerne, 205 Kuten Alee, Ertrag eines Ackerfeldes, 7 Kinder, 11 Schweine, 19 Schafe, 2 Ziegen, 3 Trutbühner mit 8 Küden, 61 Gänse, 34 Enten, 82 Hühner.

Schicksalswege.

Amerikan. Copyright 1920 by Lit. Bur. M. Linke, Dresden-21.

„Er war mein Freund, und als solcher hat er mich geliebt, zu ihm zu kommen.“
„Er ist ein Mörder!“
„Noch ist er nicht verurteilt.“
„Müßtest du seine Verteidigung übernehmen?“
„Ja!“
In hartem Tone war diese Antwort gegeben worden. Da schweigend auch Ida von Wallendorf, die auf dem Ruhebett lag und ihre Hände betastete, die, schmal und lang, sorgsamste Pflege verdienten; in ihrem kastanienbraunen Haar steckte eine dunkle Rose.
Heinz von Wallendorf war wiederholt auf und nieder gegangen; er war in Idas Salon. Die zierlichen Möbel, die seitene Wandbespannung, die Porzellanfiguren aus Meßsens Militezeit, in Schalen schwill duftende Freibausblumen verrietten es. Heinz von Wallendorf liebte diesen Luxus nicht, der im Widerspruch zur wirklichen geldlichen Lage stand. Er war in seinem ganzen Wesen anders geartet als die Schwester.
Er suchte sie hier auch nur auf, wenn sie ihn rufen ließ; deshalb war er auch diesmal gekommen.
Da sie keine Frage mehr stellte, blieb er dicht vor ihr stehen und sagte: „Er hat mich geliebt, dich herzlich zu grüßen.“
Da richtete sie sich aus ihrer liegenden Stellung auf und rief: „Wie kann er das wagen?“
„Ich glaube nicht, mich zu irren: es ist mir in Erinnerung, als hättest du ihm Hoffnungen gemacht, die ihn zu einem solchen Grusse berechneten.“
„Auch wenn ich ihm noch mehr erlaubt haben würde, so ist das nun vorbei. Das müßte er wissen!“
„Erlaub! Er behauptet seine Unschuld. Ich ahnte allerdings, wie du darüber denken würdest.“
„Oben deshalb hättest du ihm das begreiflich machen müssen, daß es zwischen mir und einem — einem Mörder nichts Gemeinsames mehr geben kann.“
Heinz von Wallendorf presste die Unterlippe zwischen den Zähnen ein. Es war zu erkennen, daß er sich zur Ruhe

Gartenarbeit im Januar.

Trotz der harten Kälte, mit der gerade der Januar einherzugehen pflegt, bietet sich für den Gartenbesitzer mancherlei Gelegenheit, auch in diesem Monat für das kommende Sommerhalbjahr vorzuarbeiten. Denn trotz der eissigen Hülle, unter der die Natur begraben liegt, regt sich doch, den Menschen unmerklich, überall bereits das junge Leben. In allen Bäumen und Sträuchern beginnt langsam das Aufsteigen des Saftes. Um den neuen Entwicklungsweg des kommenden Frühjahrs wirksam zu unterstützen, ist deshalb jetzt Düngen und Kalken des Bodens angebracht. Daneben wird im Obstgarten das Auslichten und Beschneiden der Obstbäume und des Strauchobstes vorgenommen. Im übrigen kann man sich allerlei sonstigen vorbereitenden Arbeiten widmen. Kästen und Fenster der Mistbeete sind in Ordnung zu bringen, die Gartengerätschaften sind auf ihre Brauchbarkeit hin nachzuprüfen und gegebenenfalls wieder instand zu setzen. Auch das Ausfortieren von Sämereien und die Ausarbeitung eines Bebauungsplans des Gartens für das kommende Frühjahr sind eine Beschäftigung, die manche lange Abendstunde verfließt und abwechslungsreich gestaltet. Man schiebe alle diese Arbeiten nicht zu lange hinaus, denn gewöhnlich vergehen die letzten Winterwochen viel rascher, als man gerechnet hat, und hernach hat man alle Hände voll zu tun.

Für das Bürgertum

Steuerabzug vom Kapitalertrag.

Dresden, den 5. Januar. Nach Artikel 1 § 27 der Zweiten Steuernotverordnung unterliegen Zinsen wertbeständiger Anleihen und Dividenden, die im Jahre 1924 fällig werden, dem Steuerabzug vom Kapitalertrag. Die Steuer beträgt 10 vom Hundert des jeweils fällig werdenden Gesamtertrages. Der Schuldner hat die Steuer unter der Bezeichnung „Steuerabzug vom Kapitalertrag“ für Rechnung des Gläubigers bei Fälligkeit einzubehalten und binnen einer Woche an die für ihn (den Schuldner) zuständige Finanzkasse (nicht Gemeindekasse) abzuführen. Mit der Abführung hat der Schuldner eine Anzeige über den fälligen Gesamtertrag bei dem für ihn zuständigen Finanzamt einzureichen und dabei auch den Tag der Fälligkeit des Kapitalertrags anzugeben. Zinsen nichtwertbeständiger Anleihen (z. B. der alten Reichs- und Staatsanleihen), Hypothekenzinsen und Zinsen sonstiger Forderungen unterliegen dem Steuerabzug vom Kapitalertrag nicht. Die Zinsen der wertbeständigen Anleihen des Reichs (Vollanwartsanweisungen, Goldanleihe, die 6-prozentigen Goldanwartsanweisungen vom November 1923 und die sog. R-Schätze) sind einseitig vom Steuerabzug befreit.

Ungarische Dividendenforderungen.

Dank den Bemühungen deutscher Stellen, besonders der Deutschen Gesandtschaft in Budapest, ist schon ein großer Teil der Dividendenforderungen deutscher Firmen befriedigt worden. Die Deutsche Gesandtschaft beabsichtigt, weitere Schritte zur Freigabe der Forderungen einzuleiten. Da zu bedarf es eines Ueberblicks über die zur Zeit noch bestehenden Forderungen. Es macht sich daher deren erneute Anmeldung notwendig. Die Handelskammer Dresden fordert demnach die beteiligten Firmen ihres Bezirkes auf, ihre Dividendenforderungen an ungarische Firmen, soweit sie nicht schon befriedigt sind, in ihrem eigenen Interesse nochmals und zwar unmittelbar bei dem Deutschen Industrie- und Handelstag in Berlin C 2, hinter dem Viehhaus 3, bis spätestens 8. Januar 1924 anzumelden, und dabei folgende Angaben zu machen:

1. Name des Schuldners,
2. Betrag der Forderung,
3. Datum ihres Entstehens (Stichtag: 31. 12. 1923),
4. Art der Forderung (Waren-, Darlehens-, Bürgschaftsforderungen usw.).

Herner ist zu bemerken, ob eine Anmeldung schon unmittelbar bei der Gesandtschaft eingereicht worden ist. Einen besonderen Vordruck für die Anmeldung gibt es nicht; sie muß aber unterzeichnet sein. Eine doppelte Anmeldung ist unbedingt zu vermeiden. Die Gesandtschaft erhebt für die von ihr erwirkten Beträge eine Gebühr von höchstens 1 Prozent.

Der Existenzkampf des Hausbesitzes.

Der Gesamtvorstand des Verbandes der Sächsischen Hausbesitzervereine hielt in Dresden eine Sitzung ab, in der insbe-

sondere die Goldmietzinspläne des Reiches, der Abbau der Zwangswirtschaft und die Frage der Hypothekenaufwertung eingehend behandelt wurden. Das Ergebnis der Beratung ist folgende einstimmig gefaßte Entschließung:

„Der in Dresden versammelte Gesamtvorstand des Verbandes der Sächsischen Hausbesitzervereine hält nach wie vor daran fest, daß nur die freie Wirtschaft, also die Befreiung aller seit Jahren die freie Bohnwirtschaft einengenden Bestimmungen zur Befreiung des Wohnwesens, zur Vermehrung des Wohnungszuflusses und zur Wiederherstellung der in ihrem baulichen Bestande aufs äußerste gefährdeten alten Hausgrundstücke führen kann. Der Verband verwahrt sich gegen die Unterstellung, daß in den vergangenen Jahren eine ordnungsmäßige Bewirtschaftung der Häuser mit den willkürlich und aus politischen Rücksichten heraus festgesetzten Zuschlägen möglich gewesen sei. Im Hinblick auf die geplante neue steuerliche Belastung des Hausbesitzes erwartet der Sächsische Verband, daß dem völlig verarmten Hausbesitzer nicht höhere Lasten zugemutet werden, als mit der volkswirtschaftlich notwendigen Erhaltung des Hausbesitzes in den Händen des Mittelstandes zu vereinbaren ist. Das Ziel der Bestrebungen des Verbandes ist die Wiedererlangung des freien Verfügungsrechtes über das Eigentum am Hause. Dazu fordert der Verband von der Reichs- und Landesregierung einen kurzfristigen, stufenweisen Abbau der Zwangswirtschaft unter sofortigem Wegfall des Reichsmietengesetzes, dergestalt, daß eine angemessene Verzinsung des im Hause angelegten Kapitals, eine zeitgemäße Bezahlung der umfangreichen Verwaltungstätigkeit und die baldige Wiederinstandsetzung der unter einer wirtschaftlich fasten Gesetzgebung verwahrlosten Häuser gewährleistet werden.“

Am Februar dieses Jahres soll ein außerordentlicher Verbandstag in Chemnitz zu diesen Fragen Stellung nehmen.

Hypothekenaufwertung und die „neuen“ Hausbesitzer.

Berlin, 4. Jan. In einer Betrachtung über den Stand der deutschen Hypothekenaufwertung legt der Göttinger Rechtsprofessor Dr. Voldt dar, wenn der Anspruch des Gläubigers auf Aufwertung von Hypotheken für unzulässig erklärt werde, die Vorzugshypotheken, deren Wert auf etwa 60 Milliarden Mark geschätzt werde, wenn sie heute noch in vollem Umfange beständen, mit 6 Goldpfennigen getilgt werden könnten. Die Gegenüberstellung dieser Zahlen müßte eigentlich schon genügen, den grundsätzlichen Anspruch der Gläubiger auf Aufwertung zu rechtfertigen. Durch das Verbot der Aufwertung von Hypotheken auf ländlichen Grundstücken würden vielfach Kriegserwitwinnen, Schwertriebsbeschädigte, alte oder arbeitsunfähige frühere Eigentümer der belasteten Grundstücke, die einen großen Teil des Veräußerungsertrages in Hypotheken stecken ließen, unter grundloser Bereicherung der Hypothekenschuldner ihres Vermögens beraubt werden. Zu berücksichtigen sei auch, daß sich unter den Hausbesitzern insbesondere in großen Städten nicht wenige Elemente befinden, die durchaus keinen besonderen Schutz verdienen. Es sei darauf hinzuweisen, daß zahlreiche Kriegs- und Revolutionsgewinnler ihre oft durch sehr unglückliche Geschäfte erzielten großen Gewinne in Häusern angelegt haben. Bei dem Erwerb der Häuser hätten diese Kreise in den letzten Jahren, in Goldmark umgerechnet, regelmäßig nur ganz geringfügige Kaufpreise bezahlt, die oft nur zwischen 3 bis 10 Prozent der Friedenspreise schwankten. Der Grund zu dem billigen Erwerb der Häuser liege darin, daß ein Teil der Hausverkäufer die Häuser aus Not verkaufen mußte, ein anderer Teil sich durch die angebotenen hohen Papiermarkpreise blenden und zum Verkauf bestimmen ließ. Eine gesetzgeberische Maßregel, nach der die vorgenannten wenig sympathischen neuen Hausbesitzer, die schon durch den billigen Erwerb der Häuser nach Wiedereinführung der Friedenspreise große Gewinne einheimen, weiter auf Kosten der Hypothekengläubiger durch Verbot der Aufwertung von Hypotheken bereichert werden sollen, würde jedem Rechtsempfinden widersprechen. Eine fräftige Befestigung der Gewinne solcher Leute würde dem gesunden Rechtsempfinden in ganz anderer Weise entsprechen, als ein Verbot der Hypothekenaufwertung zugunsten der Grundbesitzer.

Ungültigkeit aller Frachtbriele.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die doppelseitig bedruckten (verkleinerten) Frachtbriele als Originalfrachtbriele nicht mehr verwendet werden dürfen, mit Rücksicht auf die Schwerverleiten, die sie im Dienstbetrieb der Eisenbahn verursachen. Sie können jedoch unter entsprechender handschriftlicher Ergänzung als Duplikate ausgedruckt werden.

„Warum überläßt du dann seine Sache nicht einem anderen?“

„Weil er den Glauben an meine Freundschaft nicht auch noch verlieren soll. Einen letzten Freundesdienst möchte ich ihm erweisen. Hast du noch eine Frage?“

„Wer erbt nun das Vermögen des Ermordeten?“

„Die andere Lintie Regensperg.“

„Agel von Regensperg.“

„Ja! Er und seine Schwester.“

„Da von Wallendorf war immer noch mit ihrem Spiegelbild beschäftigt, als sie scheinbar gleichgültig fragte: „Wenn eine Freisprechung trotzdem möglich werden könnte, wie ist es dann mit dem Erbe?““

Da war Heinz von Wallendorf mitten im Hundstehen stehen geblieben. Rufe pfiff er durch die Zähne; dann erklärte er: „Du bist wirklich eine Luze und vorläufige Schwester! Gib acht, daß du daran nicht doch einmal scheiterst. Gramen könnte man empfinden, wie tall du bist. Du hast kein Herz!“

„Keine Redensarten! Wir beide haben einander nie geschickelt.“

„Das ist wahr! Und wir sind doch Geschwister!“

„Darf ich um deine Antwort bitten?“

„Um dieser Antwort willen hast du mich ja eigentlich nur gerufen. Das Erbe des Ermordeten verbleibt der zweiten Lintie davor von Regensperg. Das Testament ist so abgefaßt, daß diese Veränderung dann eintreten soll, wenn der Erblasser als das Opfer eines Verbrechens stirbt. Das aber ist geschehen. Anton von Regensperg hat damit sein Recht auf das Erbe verloren, ob nun das Verbrechen durch ihn oder einen anderen begangen wurde. So ist die gesetzliche Lage, wenn der Tote schließlich auch anders gedacht haben möchte, der den Sohn doch nur dann enterbt haben wollte, wenn er es sein sollte, der zu seinem Mörder würde.“

„So bleibst auf jeden Fall Agel der Erbe?“

„Ja! Und damit ist Anton von Regensperg für dich erledigt.“

„Witterst du diese Bemerkung, von der sich indes Ida von Wallendorf nicht betroffen fühlte; in gleichgültigem Tone erklärte sie nur noch: „Ich danke dir!““

(Fortsetzung folgt.)

Das Reich der Technik

Künstliches Benzin.

Die Erfindung eines deutschen Chemikers. Nach Blättermeldungen aus Wien will die österreichische Regierung eine aufsehenerregende neue Erfindung, die von einem deutschen Chemiker stammt, in großem Maßstabe verwerthen. Die Erfindung betrifft ein Verfahren, aus einer Reihe von Nebenprodukten, wie Sulfonäther, Kollidin, u. a., auf synthetischem Wege Benzin herzustellen. Dieses künstliche Benzin soll sich von dem echten nur durch den Geruch und die Farbe unterscheiden, ihm aber in seiner chemischen Zusammensetzung und in seiner Verwendungsfähigkeit gleichkommen.

Das neue Verfahren soll geeignet sein, auf verschiedenen technischen Gebieten sehr bedeutungsvolle Anwendungen hervorzuwirken, da der Gebrauch von Benzinmotoren unglaublich verbilligt und verallgemeinert werden kann. Auch der Gebrauch von Autos würde durch die Verwendung des künstlichen Benzins erheblich verbilligt werden. Die neue Erfindung soll bereits in den meisten Kulturstaaten durch Patente geschützt sein.

Die Flugzeugindustrie Frankreichs mit Autoträgern übersättigt.

Paris, den 5. Januar. (Telunion). Die französischen Flugzeugfabriken sind mit Bestellungen für das laufende Jahr geradezu überhäuft. Man rechnet bei dem augenblicklichen Stand des französischen Frankens mit weiteren Aufträgen und beabsichtigt, um allen Anforderungen genügen zu können, in England und Italien geschulte Arbeitskräfte anzuwerben. Die Exportziffer für das Jahr 1923 liegt noch nicht vollständig vor, doch behaupten die Beamten des Ausschusses für Flugzeugwesen, daß die Gesamtziffer den Rekord von 1921 um das Doppelte übertreffen wird und daß nahezu 2000 komplette Maschinen nebst den Motoren und Einzelheiten hergestellt wurden. An den diesjährigen Aufträgen sind besonders die Staaten der kleinen Entente beteiligt, außerdem treffen zahlreiche Aufträge auch aus Japan, Italien, Spanien und die Staaten Südamerikas, in der Hauptsache Brasilien. Diese Länder haben während des vergangenen Jahres sowohl Handelsflugzeuge wie auch Militärkampfflugzeuge in Frankreich gekauft.

Die amerikanische Regierung gegen einen Verkauf deutscher Patente.

Washington, den 5. Januar. Das Justizministerium teilt mit, es werde gegen die Entscheidung des Bundesrates protestieren, der den Verkauf deutscher Patente zur Herstellung von Farbstoffen an eine Privatgesellschaft gestatten will. Die Angelegenheit hat folgendes Vorspiel: 5000 chemische deutsche Patente waren während des Krieges von der amerikanischen Regierung beschlagnahmt und von der Regierung des Präsidenten Wilson an eine Privatgesellschaft abgetreten worden. Im vergangenen Jahre hatte die amerikanische Regierung einen Prozeß gegen die Gesellschaft eingeleitet in der Absicht, die besagten Patente wieder in ihren Besitz zu bekommen. Die amerikanische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß der von Wilson vorgenommene Verkauf zu unrecht geschehen sei. Ihr Antrag wurde aber damals vom Bundesrat abgelehnt.

Rechtspredung

Die zweite Steuerreformverordnung.

Bemerkungen eines Steuerfachmanns.

(Schlußartikel.)

Nachdem nunmehr durch die Abschlußzahlung am 10. Januar die Steuerpflicht für 1923 endgültig erledigt ist, will das Gesetz die Wege ebnen, um für das Kalenderjahr 1924 wieder eine sachgemäße und gerechte Einkommenbesteuerung vornehmen zu können. Selbstverständlich kann eine endgültige Festsetzung über die Höhe der einzelnen Einkünfte erst Anfang 1925 vorgenommen werden. Da das Reich aber bis dahin nicht warten kann, so müssen auf die Steuern 1924 Vorauszahlungen geleistet werden, und hieron handeln die nächsten 27 Paragraphen des Gesetzes. Kaufleute und Gewerbetreibende, deren Unternehmen einen „erheblichen“ Umsatz hat, müssen ihre Vorauszahlungen monatlich leisten. Der Reichsminister der Finanzen hat festzustellen, wo dieser erhebliche Umfang anfängt. Es ist ein sonderbares Wort, mit dem das Gesetz hier arbeitet. Bei Betrieben von weniger erheblichem Umfang sind die Vorauszahlungen nach Ablauf eines jeden Quartals zu entrichten. Die Höhe der Vorauszahlungen richtet sich nach dem Umsatz. Von der Gesamtsumme aller Betriebseinnahmen, also aller Entgelte für Lieferungen und Leistungen, für Entnahmen von Gegenständen aus dem Betriebe zur Verwendung von Zwecken, die außerhalb der gewöhnlichen Tätigkeit liegen, für Fiskus und sonstige Bezüge aus Forderungen und Wertpapieren, die zum gewerblichen Betriebseinnahme gehören, ist nur abzugiehen der Betrag, welcher für Lohn- und Gehaltsaufwendungen in dem entsprechenden Zeitraum verbaut worden ist. Die Höhe der Vorauszahlung beträgt 2% der wie vorstehend ermittelten Summe.

Somit geraten alle diejenigen Kaufleute, deren Grundsatz ist: großer Umsatz, kleiner Nutzen, ins Hintertreffen gegenüber denjenigen, welche das umgekehrte Prinzip haben. Betriebe, welche hauptsächlich Lohnarbeit leisten, haben geringe Zahlungen zu entrichten und solche, die reine Handeldgeschäfte machen ohne Arbeiter, mit geringem Personal, müssen enorme Vorauszahlungen entrichten.

Die Ungerechtheit und Undurchführbarkeit dieser ganzen Verordnung ist dem Gesetzgeber anscheinend noch während der Niederschrift des Textes aufgegangen, denn schon im nächsten Absatz wird er die gesamte Bestimmung fast wörtl. wieder über den Haufen. Der Reichsminister der Finanzen kann nämlich im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister Anordnungen treffen, welche die vorstehend geschilderten Bestimmungen teilweise oder völlig abändern. Er kann bestimmen, daß besondere Arten von Betriebseinnahmen außer acht gelassen werden können, er kann besondere Betriebsausgaben bezeichnen, welche ebenfalls von den Einnahmen in Abzug gebracht werden können und er kann schließlich überhaupt ganz andere Vorschriften verfügen, wenn sich herausstellt, daß der vorstehend gezeichnete Weg keinen Maßstab für die Berechnung der Vorauszahlungen gibt. Der Reichsfinanzminister kann also nach seinem Ermessen ordnen und das ganze Gesetz schwebt in der Luft. Dieser Gesetzesabschnitt kann sich natürlich sehr segensreich für das Wirtschaftleben auswirken. Es wird dabei darauf ankommen, wie der Finanzminister von seinen ungedeuten Machtbefugnissen Gebrauch machen wird. Trifft er keine Maßnahmen unter Hinzuziehung der Fachverbände in einflußvoller Weise unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen

Verhältnisse der einzelnen Betriebszweige, so können die Fehler der schematischen Behandlung durch das Gesetz ausgeglichen werden. Wärrt er aber vor allen Dingen das fiskalische Interesse, so können die Fehler noch eine Verschärfung erfahren. Es wird also die Aufgabe der verschiedenen gewerblichen und industriellen Fachverbände sein, möglichst bald aufstehend und helfend einzuschreiten.

Ganz anders werden die Vorauszahlungen berechnet bei Einkünften aus häuslichem Grundbesitz, aus freien Berufen und selbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen und den sonstigen Einnahmen (Spekulationsgewinne usw.). Hier sind von den Einnahmen sämtliche Werbungskosten abzugeben, mit Ausnahme der Abminderungen. Nicht abzugsfähig sind ferner alle die Beiträge zu Kranken- und Unfallversicherungen, Lebensversicherungsprämien und Beiträge zu Wohlfahrtsvereinigungen. Die Vorauszahlungen sind vierteljährlich zu leisten und betragen 10% des Überschusses der Einnahmen über die Ausgaben, wenn dieser Überschuss in einem Kalenderquartaljahr nicht mehr als 2000 Goldmark betragen hat. In diesem Falle vermindert sich die Vorauszahlung noch um je 1% für die Ehefrau und die unterhaltspflichtigen Kinder. Für die über 2000 Goldmark hinausgehenden Einkünfte beträgt die Vorauszahlung 20%. Auch hier ist dem Reichsfinanzminister ein gewisses weites Spielraum für Sonderordnungen gelassen. Er darf festlegen, welche Berufsklassen zu den freien Berufen gehören sollen und er kann Angehörige anderer Berufe den freien Berufen gleichstellen.

Eine vollständige Neuerung bringt der § 11 dieses Gesetzesabschnittes. Es soll fortan die Höhe des Privatverbrauchs in Berücksichtigung gezogen werden bei der Bemessung der Steuerzahlung. Hat nämlich jemand im Laufe des Abkommens, welcher für die Vorauszahlung maßgebend ist, für seinen Privatverbrauch mehr aufgewandt als er an Steuervorauszahlungen zu entrichten hat, so erfolgt die Berechnung der Vorauszahlungen nicht nach einer der bisher geschilderten Methoden, sondern nach der Höhe des Privatverbrauchs. In diesem Falle sind also 10% des Privatverbrauchs, wenn er 2000 Goldmark nicht übersteigt, und 20% des 2000 Goldmark übersteigenden Verbrauchs zu zahlen. Zum Verbrauch gehören auch die Aufwendungen zum Erwerb von Kunst- und Sammlungsgegenständen aller Art. Nicht dazu gehören die Aufwendungen für Medikamente, Arznei und für Ausgaben infolge Krankheit und Unfallschäden. Der Reichsfinanzminister kann Vorschläge für die Schätzung des Verbrauchs aufstellen. Er kann also bestimmen, was ein normaler Mensch verbrauchen darf. Größere Machtbefugnisse hat noch nie ein Reichsfinanzminister gehabt.

Wie nun alle diese Festsetzungen zur Kenntnis der Behörden kommen sollen, ist in diesem Gesetz nicht bestimmt. Auch hier ist wiederum alles dem freien Ermessen des Finanzministers überlassen. Er kann verlangen, daß jeder einzelne etwa allmonatlich oder alle Vierteljahre Steuererklärungen abzugeben hat über die Höhe seines Umsatzes, die Höhe seiner Einkünfte, die Gesamtsumme seiner Einnahmen, die Gesamtsumme seiner Ausgaben und den Betrag seines Privatverbrauchs. Das kann also unter Umständen eine recht erhebliche Belastung des Steuerzahlers während des ganzen Jahres werden. Es ist ja nicht gelagt, ob die Behörden verpflichtet sind, das zu glauben, was man ihnen anmelde wird und ob sie nicht das Recht haben werden, alle Augenblicke Nachprüfungen vorzunehmen. Die zu erwartenden, jedenfalls recht umfangreichen Ausführungsbestimmungen werden wohl einige Klarheit über all diese Zweifelsfragen bringen. Zu beachten ist, daß alle die im Laufe des Jahres 1924 geforderten Zahlungen nur Vorauszahlungen sind, und daß die endgültige Abrechnung erst im Jahre 1925 erfolgen kann.

Es ist vorgeesehen, daß über die Einkünfte des Jahres 1924 genau Rechnung geführt werden muß, und daß dann die endgültige Steuerfestsetzung für das Jahr 1924 zu erfolgen hat. Hierüber trifft das Gesetz schon jetzt eingehende Bestimmungen. Es ist bestimmt, daß am 31. Dezember 1923 Goldmarkbilanzen aufzustellen sind, und daß dann die Bücher auf verteilbarer Basis weitergeführt werden müssen.

Martin Horwich, beiderseitiger Buchrevisor, Breslau.

Das Operationsrecht des Arztes. Hat der Arzt das Recht, in dringenden Fällen, wo nur noch eine Operation das Leben erhalten kann, auch ohne Einwilligung der nächsten Verwandten den Eingriff vorzunehmen? Diese Frage behandelte Oberamtsanwalt Ebermann in der „Deutschen Rechtswissenschaft“, indem er an einen Fall aus der Praxis anknüpft. Ein Chirurg befand in sein Krankenhaus ein zehnjähriges Mädchen eingeliefert, das an einem schweren Darmleiden litt und sofort operiert werden mußte. Die Eltern wählten weit vom Krankenhaus entfernt; es würde Stunden gedauert haben, bevor ihre Einwilligung eingeholt werden konnte. Sollte nun der Arzt auf die Erlaubnis der Eltern warten, obwohl die Gefahr bestand, daß der Darm platze und das Kind starb? Nach der reichsgerichtlichen Rechtsprechung darf der Arzt auch in solchen dringenden Fällen die Operation nicht vornehmen. Danach ist nämlich jeder Eingriff, sei er auch lediglich zu Heilzwecken unternommen, objektiv eine rechtswidrige Körperliche Mißhandlung, deren Rechtswidrigkeit nur durch Einwilligung des Kranken oder seines Vertreters beseitigt werden kann. Auch der Einwand, daß eine Verzögerung der Operation mit größter Lebensgefahr für den Kranken verbunden gewesen sei, entlastet den Arzt nach dem geltenden Recht nur dann, wenn die Notlage bei einem „Angehörigen“ des Arztes vorgenommen wird. Die einzige Möglichkeit für den Arzt, bei einer solchen Fällung sich das Reichsgericht hier und da weicheriger Strafe zu vermelden, läge dann vor, wenn er nachweisen kann, er habe guten Grund gehabt anzunehmen, daß nach Lage der Sache der Kranke oder sein Vertreter mit der Operation einverstanden sei. In solchen Fällen hat sich das Reichsgericht hier und da weicheriger gezeigt und Bestrafung abgesehen. Trotzdem bleibt es für den Arzt in jedem Grade mißlich, bei einer Anlaße auf die Bestürzung des Richters angewiesen zu sein, und er wird sicherer gehen, wenn er den Eingriff unterläßt, so lange die Einwilligung des Kranken oder seines Vertreters nicht vorliegt. Aus solchen peinlichen Konflikten kann der Arzt nur befreit werden durch eine Änderung der Gesetzgebung, die in dem neuen Entwurf zum Strafbuch vorgesehen ist.

Tagesneuigkeiten

Auf der Jagd erschossen. Wie aus Trepnow an der Rega gemeldet wird, gingen der 17jährige Sohn des Wollbauers Ruge und der 23jährige Sohn des Schiffers Wähs in Westpreußen zusammen auf die Entenjagd. Sie teilten ihren Weg. Wähs sah Ruge in einer Entfernung von 40 Metern einen Gegenstand und glaubte, es sei ein Hase. Er legte an und schoß. Als er die Gegend absuchte, wurde er zu seinem Schrecken gewahrt, daß er seinen Kameraden durch einen Kopfschuß getötet hatte.

Durch ein Flugzeug gerettet. Von einem bei Bismarck in der Nordsee im Eise festengeliefenen Dampfer wurde der letzte Mann der Besatzung durch ein Flugzeug abgeholt. Mit anderen Mitteln war das Schiff nicht mehr zu erreichen.

8000 Zentner Getreide verbrannt. Auf einem Gute in Marienburg bei Hildesheim brach Großfeuer aus. Man vermutet Brandstiftung, denn in der Nähe der Brandstätte wurde eine Sprengpatrone gefunden. Eine große Scheune, in der 8000 Zentner Getreide lagerten, ist vollständig ausgebrannt. Durch das Feuer sind ungeheure Werte der Verätzung angeheimgelassen.

Überreste der „Dinaultiden“. Das französische Marineministerium veröffentlicht folgende Note: Der Kommandant

des Kreuzers „Dinault“ meldet, daß man zwischen dem Leuchtturm und dem Kap St. Marco (Sizilien) einen Behälter aus Aluminium von 200 Litern Fassungsvermögen aufgefunden hat. Der obere Teil des Behälters ist vom Feuer geschwärzt. Es handelt sich ohne Zweifel um einen Überrest der „Dinaultiden“. Außerdem sind in der Nähe des Leuchtturms noch einige Kollidreste aus Gummi aufgefunden worden.

Die Untaten der chinesischen Banditen. Die Pfingsttag belgische Landgesellschaft bestätigt, daß der belgische Priester Soenen von Banditen ermordet wurde. Zwei amerikanische Missionare, Hoff und seine Gattin, die von Banditen fürsich überfallen und verschleppt wurden, sind wieder freigelassen worden. Außerdem teilt der berühmte Banditenführer Las Pangin mit, daß er einen weiteren amerikanischen Missionar denmächt wieder freilassen werde. Nach einer Mitteilung des chinesischen Auswärtigen Amtes befinden sich zurzeit in den Händen der Banditen 4 Amerikaner, 2 Engländer, 14 Japaner, 7 Belgier, 6 Franzosen, 4 Italiener, 2 Deutsche und 2 Mexikaner. Ein belgischer Priester, ein Italiener und zwei britische Missionare wurden von den Banditen ermordet.

Große Überschwemmungen in Rußland. Petersburg ist von einer katastrophalen Überschwemmung heimgesucht worden. Eismassen aus dem Ladogasee, durch Tauwetter in Bewegung geraten, wälzen sich flufabwärts. Sogar Stadtteile, die bei der berühmten Überschwemmung von 1824 verschont blieben, stehen jetzt unter Wasser. Abteilungen von Pionieren versuchen die Stauung der Eismassen durch Sprengungen zu verhindern. Auch am Unterlauf der Wolga sind weite Gebiete überschwemmt. Bei Jartyn ist die Eisdecke geborsten und das Gebiet auf beiden Ufern bis zu 50 Kilometern weit unter Wasser. Die dort lagernden großen Holzporträte sind weggeschwemmt worden. In der Ukraine wüten seit mehreren Tagen Schneestürme, mehrere Eisenbahnlinien sind fast ganz durch Schnee berockt. Auf mehreren Strecken ist der Verkehr zeitweilig eingestellt worden.

Turnen, Sport und Spiel

Berlin schlägt Oxford 6 : 0. Das Davoser Eishockeyturnier versammelte im Entscheidungsspiel die kanadische Studentenmannschaft der Universität Oxford und die Berliner Schlittschuhclub, nachdem der Wiener Eislaufverein und der Davoser E. H. C. von diesen beiden Mannschaften glatt geschlagen worden waren. Der Endkampf endete mit einer großen Überraschung, da es den Berlinern gelang, Oxford die erste Niederlage zuzubringen, und zwar die geradezu vernichtende von 6 : 0.

Einem neuen Weltrekord im Motorradfahren stellten auf der Trabrennbahn Hamburg-Harfen die Hamburger Motorradfahrer Wolke und Lohner auf. Sie starteten, um den von den Fahrern Eißler und Blüschow vor einigen Wochen auf der Autobahn bei Berlin aufgestellten Dauerrekord von 72 Stunden zu brechen. Die Hamburger haben in 72 Stunden 232 Kilometer, mithin 32 Kilometer mehr als die Berliner Fahrer, zurückgelegt.

Zwei Sieger im internationalen Schachturnier. Bei dem internationalen Schachturnier in Hastings gewann den ersten Preis Guwe (Holland), den zweiten Preis Marozsy (Ungarn). Der dritte Preis wurde zwischen Yates (England) und Colle (Belgien) geteilt.

Allerlei Kurzwort

Ein männerloses Hotel. In Neuyork ist vor kurzem das erste, für alleinstehende Damen bestimmte Hotel eröffnet worden, das den Bewoherinnen das Höchstmögliche an Sicherheit verbürgen soll. Sägungsgemäß ist den Männern das Betreten der Logen untersagt, und ebensowenig dürfen sie sich in den Gesellschafts- und Versammlungsräumen aufhalten; nur wenn ein Herr von einer Dame eingeladen wird, darf er die Räume des Hotelrestaurants betreten, während alle anderen Besucher in der Hotelhalle warten müssen, wo sie unter der strengen Aufsicht des Direktors bleiben. Durchreisende Fremde und Neugierige, die das eigenartige Etablissement besichtigen wollen, müssen sich mit einem Einlaß durch das Glasfenster des Portieres begnügen, wo sie nichts weiter sehen, als eine Reihe von bequemen Klüppeln, für die Wartenden bestimmt, die eine der im Hotel wohnenden Damen besuchen. Das starke Geschlecht wird ausschließlich von dem Direktor und dem Kassierer vertreten; das gesamte übrige Personal setzt sich aus Frauen zusammen, angefangen von der Stiefputzlerin bis zur Leiterin des Restaurants.

Heißluft des Schnees. Daß man zeitweise auch dem Schnee große Heißluft zuschrieb, beweist folgender Spruch:

Da, frischer weicher Schnee bei starrem Frost,
Im Kopf, in Hand und Hüfte ganz gefrost,
Oha! alle Medizin sich eingetrichtern,
Hat augenblicklich allen Schmerz vertrieben,
Da, Schnee ohne alle Medizin,
Sagt Doktor Thomas Bartholin
In seiner Schrift: „De morbo usu medico“,
„Wer das nicht tut, „is stultus in folio.“

(„Meder den medizinischen Gebrauch des Schnees.“ „Wer das nicht tut, der ist ein Tor in folio.“) Bei dem seltsamen starken Schneefall kann man ja mal versuchen, ob der Herr Doktor Bartholin Recht hat!

Eine wirksame Drohung. Der große Maler Hogarth, der in seiner Kunst überhaupt das Charakteristische dem Schönen vorzog, schmeichelte denen nicht, die sich von ihm porträtieren ließen. So malte er einstmal einen alten Lord in seiner ganzen Häßlichkeit, und dieser war von dem Bilde so wenig entzückt, daß er ihm das Werk zurückschickte, ohne den ausgedungenen Preis zu zahlen. Darauf schrieb ihm Hogarth einen Brief, in dem er den Lord aufforderte, das Bild binnen drei Tagen abholen zu lassen und zu bezahlen, sonst werde er es, „unter Hinzufügung eines Schwanzes und anderer Anhängel dem bekannten Tierdubbenbesitzer Hare zur Ausstellung unter seinen Kuriositäten übergeben“. Die Drohung wirkte. Hogarth erhielt sofort das Geld und der Lord das Bild, das er verbrannte.

Der Springer. „Herr Sallertini“, rief der Jürksdirektor aus, „Sie springen viel zu kurz!“ — „Ja, mit der Gage, Herr Direktor, kann man auch seine großen Sprünge machen!“

Sie kennt ihren Mann. Frau (die ihren Mann aus der Kneipe abholen will): „Ist mein Mann noch hier?“ — Wirt: „Nein, Frau Müller, Ihr Mann ist gerade fortgegangen.“ — Frau: „Na, na, gerade wird er wohl nicht mehr gegangen sein.“

Schottischer Humor. Ein Schotte glaubte, daß es die beste Art wäre, für Weihnachten Geld zu sparen, wenn er jedesmal, wenn er seine Frau küßte, einen Penny in die Sparbüchse steckte. Er tat das auch redlich, als er kurz vor dem Feste die Sparbüchse aufmachte, da fand er nicht nur Penne, sondern auch Erbse, Schillinge und sogar halbe Kronen darin. Schotten fragte er seine Frau, wie das gungte. „Na“, sagte diese, „es ist doch nicht jeder so ein Knirder wie du!“